Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund

Amtliches Kreisblatt für den Landkreis Borken.
Hauptgeschäftsstelle: Bocholt, Reallschulstraße 14. Fernsprecher 3054/55.

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Zeno-Sammel-Anzeigenpreise: 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite, Stellengesuche 6 Pfg., Reklamepreis (Textbreite) 80 Pfg. je Millimeter (Preisliste Nr. 1 gültig vom 1. 1. 35).

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 23 | Donnerstag, den 24. Januar 1935 | Jahrgang 1935

Einführung der Handwerkskarte.

Der große Befähigungsnachweis der Handwerksmeister.

✓ **Berlin**, 23. Januar.

Das Reichsgesetzblatt vom 23. 1. 1935 veröffentlicht die vom Reichswirtschaftsminister und vom Reichsarbeitsminister erlassene Dritte Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über den vorläufigen Aufbau des deutschen Handwerks vom 29. 11. 1933. Die Verordnung enthält die Bestimmungen über die Handwerkskarte. Die Handwerkskarte ist eine von den Handwerkskammern auszustellende Urkunde darüber, daß der Inhaber die Meisterprüfung in seinem Handwerk abgelegt, die Berechtigung zur Führung des Meistertitels und damit das Recht erworben hat, einen selbständigen Handwerksbetrieb zu eröffnen oder zu leiten.

Da die Verordnung sofort in Kraft tritt, darf also in Zukunft nur derjenige Handwerker selbständig werden, der durch Eintragung in die Handwerksrolle der Handwerkskammer nachweist, daß er die Handwerkskarte erworben hat. Für den gegenwärtigen Zustand gilt folgendes: Alle jetzt schon selbständigen Handwerker erhalten auch ohne Meisterprüfung die Handwerkskarte mit Ausnahme derjenigen, die nach dem 31. Dezember 1899 geboren und nach dem 31. Dezember 1931 in die Handwerksrolle eingetragen sind. Diese müssen, um selbständig zu bleiben, die Meisterprüfung bis Ende 1939 nachholen. Handwerkliche Industriearbeiter können in besonderen Fällen zur Meisterprüfung und damit zur Handwerkskarte zugelassen werden, wenn sie fünfjährige Arbeit in ihrem Handwerksfach nachweisen.

Damit hat die nationalsozialistische Reichsregierung den wichtigsten langjährigen Wunsch des deutschen Handwerks erfüllt und eine Entwicklung beseitigt, die zur Verelendung vieler Handwerke zu führen drohte, weil sich zahlreiche unfähige, unlautere oder jugendliche Personen im Handwerk selbständig machten und sowohl den Markt verdarben, als auch die Kundschaft enttäuschten. Die Handwerkskarte und der Meistertitel setzen heute ein Lebensalter von 24 Jahren voraus.

(Siehe auch 2. Seite.)

Alle Macht dem Präsidenten.

Die neue Verfassung des polnischen Staates.

Von unserem Warschauer Mitarbeiter.

◆ **Warschau**, im Januar.

Die vor einigen Tagen durch den polnischen Senat erfolgte Annahme des vielumkämpften Entwurfes der neuen polnischen Verfassung bedeutet noch nicht, daß die Verfassung damit zum obersten Staatsgesetz geworden ist. Zwar hat der Sejm bereits im Frühjahr 1934 in Abwesenheit der Opposition die Verfassungsvorlage mit der erforderlichen Stimmenmehrheit angenommen. Da der Senat jedoch eine Reihe von wichtigen Abänderungen an dem nur oberflächlich redigierten Entwurf vornahm, muß jetzt noch einmal im Sejm über diese Abänderungen abgestimmt werden. Die staatsrechtlich nicht ganz geklärte Frage, ob in diesem Falle die einfache Mehrheit genügt oder ob eine qualifizierte Mehrheit erforderlich ist, dürfte keine großen Schwierigkeiten bereiten. Daher wird das Inkrafttreten der neuen Verfassung wahrscheinlich nicht allzu lange auf sich warten lassen.

Die Geschichte der neuen Verfassung, die im wesentlichen einen bereits bestehenden, tatsächlichen Zustand nun auch staatsrechtlich verankert, ist eng verknüpft mit der Person und mit dem Werdegang des Marschalls Pilsudski. Will man diese Feststellung verstehen, so ist es erforderlich, auf die historischen Ereignisse einzugehen, die zur Annahme der alten Verfassung vom 17. März 1921 geführt haben. Zur Zeit der Einberufung und Tagung des ersten gesetzgebenden Sejm zu Beginn des Jahres 1919 war der einzige Träger der Staatsmacht Marschall Pilsudski, dem man nach seiner Rückkehr aus der Festung Magdeburg die gesamte Staatsgewalt übertragen hatte. Als die gesetzgebende Versammlung zusammentrat, legte Pilsudski diese Macht in die Hände des Sejm, der ihn daraufhin bis zur endgültigen Wahl des Staatspräsidenten zum „Naczelnik Panstwa", zum Oberhaupt des Staates, bestellte. Nach langwierigen parlamentarischen Kämpfen zwischen den Anhängern Pilsudskis und den über die Mehrheit im Parlament verfügenden Nationaldemokraten und Bauern wurde schließlich die Verfassung vom März 1921 zur Annahme gebracht. Diese Verfassung trug, der damaligen polnischen Mentalität entsprechend, einen überspitzt demokratischen Charakter. Alle großen und letzten Entscheidungen waren dem Parlament vorbehalten, die Stellung der Regierung und des Staatspräsidenten trat demgegenüber weitgehend in den Hintergrund. So hatte u. a. der Staatspräsident nicht einmal das Recht, gegebenenfalls den Sejm aufzulösen. Unter diesen Umständen lehnte Pilsudski die Kandidatur für den Posten des Staatspräsidenten ab. Gewählt wurde auf seinen Vorschlag der der radikalen Bauernpartei angehörende Professor Narutowicz, der schon nach einigen Tagen der Amtstätigkeit einem Attentat eines Nationaldemokraten zum Opfer fiel.

Die strikte Anwendung der ersten polnischen Verfassung führte zu parlamentarischen Auswüchsen und einer gefährlichen Erschütterung des ganzen Staatsgefüges, bis Pilsudski im Mai des Jahres 1926 mit Waffengewalt Warschau eroberte und die Staatsmacht wieder an sich riß. Der Marschall lehnte es damals ab, den ihm in seiner Mehrheit feindlich gesinnten Sejm nach Hause zu schicken und Neuwahlen auszuschreiben. Er begnügte sich mit einigen Abänderungen der Märzverfassung im Sinne einer Verstärkung der Macht des Staatspräsidenten und der Regierung, denen sich der noch unter dem Eindruck der revolutionären Ereignisse stehende Sejm nicht zu widersetzen wagte. Erst auf Grund dieser Aenderungen wurde die Verantwortlichkeit der Minister gegenüber dem Staatspräsidenten festgelegt, der Präsident erhielt außerdem das Recht zur Auflösung der Kammern, das besonders wichtige Recht der Notgesetzgebung. Die Neuwahlen des Jahres 1928 erbrachten zwar eine erhebliche Verstärkung der Regierungspositionen, doch war eine zur Durchführung einer Verfassungsreform ausreichende Mehrheit noch nicht vorhanden. Die Entwicklung der Verhältnisse entfernte sich immer mehr von den Grundlagen der alten Verfassung, so daß ihr schließlich kaum mehr als formale Bedeutung zukam. Da das Parlament in der Frage der Verfassungsreform zu keiner Einigung kommen konnte, wurde es bereits 1930 vom Staatspräsidenten mit der Begründung aufgelöst, daß es seiner Hauptaufgabe, nämlich der Aenderung der Verfassung, nicht gerecht werden könne. Damit war gleichzeitig die Hauptaufgabe des neuen Sejm, in den der Regierungsblock mit absoluter Mehrheit einzog, festgelegt.

Dennoch dauerte es noch fast vier Jahre, bis die Verfassungsreform aus dem Stadium der mehr oder weniger akademischen Erörterungen in das Stadium der praktischen Verwirklichung trat. Die Hauptschwierigkeit, an der einige Vorschläge scheiterten, lag darin, daß das Regierungslager zwar über eine absolute, aber nicht über eine qualifizierte Mehrheit verfügte. Auch der letzte Entwurf konnte nur durch einen parlamentarischen Ueberraschungsschlag am 26. Januar 1934 im Sejm durchgebracht werden. Dem Parlament lagen damals die sogenannten „Verfassungsthesen" zur Beratung vor. Als nach einer heftigen

Ernste Wendung im chinesisch-japanischen Grenzkonflikt.

Japanische Truppen gehen zum Angriff vor.

DNB **Peking**, 23. Januar.

Die chinesischen Abendzeitungen berichten aus Kalgan, daß vier japanische Flugzeuge am heutigen Mittwochvormittag sieben Bomben über den alten Palisadenwall im Tschachar-Gebiet abgeworfen haben. Um 11 Uhr setzte ein Artilleriebombardement ein und um 12 Uhr begann der Angriff der japanischen Truppen auf Tuschiku und die Große Mauer.

China protestiert gegen den Verkauf der Ostbahn.

DNB **Schanghai**, 23. Januar.

Wie die Zeitung „Sche-Sche-Schin-Pao" mitteilt, wird die chinesische Regierung nach der endgültigen Unterzeichnung des Verkaufsabkommens über die chinesische Ostbahn erklären, daß China diesen Verkauf nicht anerkannt. Das Blatt erinnert in diesem Zusammenhang daran, daß China Mitbesitzer der Bahn sei und daß die Sowjetunion stets erklärt habe, daß sie schwache Nationen gegenüber imperialistischen Bestrebungen unterstütze. Sowjetrußland habe aus selbstsüchtigen Beweggründen die Sache der Gerechtigkeit vergessen.

Anerkennung Mandschukuos durch die Sowjetunion?

Japan und Chinas Unabhängigkeit.

DNB **Tokio**, 23. Januar.

Unter Bezugnahme auf die am Dienstag erfolgte Einigung über den Verkauf der chinesischen Ostbahn läßt die japanische Presse durchblicken, daß die Unterzeichnung des Vertrages über den Verkauf der Bahn tatsächlich eine Anerkennung Mandschukuos durch die Sowjetunion bedeuten würde. Die japanische Außenpolitik habe nunmehr vor allem die Aufgabe, in China besseres Verständnis für Mandschukuo zu erwecken. In diesem Sinne ist auch eine Anfrage im japanischen Unterhaus gehalten, aus der deutlich zu erkennen ist, daß in Japan stärkstes Interesse an einer Besserung der Beziehungen zu China vorhanden ist. In diesem Zusammenhang werden auch die Ausführungen Hirotas über China stark beachtet.

In ausländischen Kreisen hat eine angebliche Erklärung des japanischen Generalkonsuls in Nanking, Suma, gewisses Aufsehen erregt, wonach Japan als Voraussetzung für engere Beziehungen mit China angeregt haben soll, China möge sich von der Vorherrschaft der fremden Mächte befreien und endlich seine volle Unabhängigkeit herstellen. Der Sprecher des japanischen Außenministeriums erwiderte auf diesbezügliche Anfragen, daß die amtliche Politik Japans gegenüber China in der Rede Hirotas deutlich zum Ausdruck gekommen sei und daß er diesen Ausführungen nichts hinzuzufügen habe. Der Sprecher erklärte weiter, daß außer der mittelamerikanischen Republik Salvador nur Estland der durch die Gründung Mandschukuos geschaffenen Lage Rechnung getragen habe. Ob der Vatikan Mandschukuo tatsächlich anerkannt habe, sei zweifelhaft, trotzdem er in einem amtlichen Schreiben an die mandschurische Regierung die Einsetzung eines Vertreters in Mandschukuo angekündigt habe.

Zu dem Vorvertrag über den Bahnverkauf wird noch mitgeteilt, daß die vertraglich vorgesehenen Warenlieferungen von Japan geleitet würden bis auf die Sojabohnen, die von Mandschukuo geliefert werden. Bei dem zur Entlassung gelangenden Bahnpersonal handele es sich um 6000 sowjetrussische Beamte und Angestellte.

Das Vorspiel zu den Londoner Besprechungen.

Warnungen an Laval vor Zugeständnissen an Deutschland.

DNB **Paris**, 23. Januar.

In französischen politischen Kreisen verfolgt man die Vorbereitung der Londoner Besprechungen Flandin und Lavals mit begreiflichem Interesse. Man weist in diesem Zusammenhang auf die angeblichen Erklärungen amtlicher englischer Stellen hin, daß London kein Abschluß, sondern nur die Vorbereitung neuer, allerdings entscheidender diplomatischer Verhandlungen sein könne. Man würde deshalb nicht überrascht sein, wenn nach Verhandlungen mit Frankreich die englische Regierung in Kenntnis des französischen Standpunktes Verhandlungen mit Deutschland aufnehmen würde. Vorsorglich glaubt man jedoch bereits jetzt darauf hinweisen zu sollen, daß England eigentlich davon überzeugt sein müßte, daß der Führer nach seinem Sieg an der Saar sich erst recht auf die Gleichberechtigungsforderung versteifen werde. Die Warnung an Laval, sich nicht auf irgendwelche Zugeständnisse einzulassen, wird von der Rechtspresse immer lauter erhoben. Das katholische Organ „La croix" schreibt heute: Wenn die englische Regierung edelmütige Pläne für Deutschland hegen sollte, sieht man nicht recht, wie die französische Regierung Deutschland neue Zugeständnisse machen könnte, denn sie könnten eine politische Krise in Frankreich auslösen, was selbst nach Ansicht der amtlichen englischen Kreise keine Lösung bringe, sondern die Regelung der internationalen Fragen erneut verzögern würde.

Die Werbung für den Beitritt zum Ostpakt.

(!) **Paris**, 23. Januar.

Wie dem „Matin" aus Rom berichtet wird, stellt man in dortigen gutunterrichteten Kreisen die englische Nachricht in Abrede, nach der Mussolini die Kleine Entente aufgefordert habe, in Rom zur Beratung über den Beitritt zum Donau-Pakt zusammenzukommen. In Wirklichkeit solle die Werbung zum Beitritt zu diesem Pakt wie folgt vor sich gehen: In der Hauptstadt eines jeden Staates, der zum Beitritt aufgefordert wird, werden die diplomatischen Vertreter Frankreichs und Italiens einen amtlichen Schritt unternehmen, um den Regierungen entsprechend den Abmachungen von Rom den Vorschlag zu unterbreiten. Gleichzeitig werden sie eine Denkschrift überreichen, die die Hauptgrundsätze anführt, auf denen der Pakt aufgebaut werden könnte. Die Ausarbeitung des endgültigen Wortlautes würde natürlich durch unmittelbaren Meinungsaustausch zwischen den künftigen Vertragsteilnehmern erleichtert werden. Jedoch sei noch nicht von einer Besprechung dieser Art die Rede. Gegebenenfalls müßten die interessierten Staaten selbst den Zeitpunkt und den Ort einer solchen Besprechung ansetzen. In Kreisen der Kleinen Entente sei man der Ansicht, daß eine solche Konferenz wahrscheinlich in Paris zusammentreten würde.

Amtlicher österreichischer Besuch in London.

£ **London**, 23. Januar.

„Morning-Post" zufolge werden Bundeskanzler Schuschnigg und Außenminister Berger-Waldenegg etwa am 20. Februar einen amtlichen Besuch in London abstatten. Ihre Absicht sei, mit den britischen Ministern verschiedene Fragen von beiderseitigem Interesse, wie die letzte internationale Anleihe für Oesterreich und die allgemeine, finanzielle, wirtschaftliche und politische Lage Oesterreichs, im Lichte der letzten Ereignisse zu erörtern. Die wichtigste dieser Fragen sei selbstverständlich die Vereinbarung von Rom über die österreichische Unabhängigkeit. Die Einzelheiten des geplanten Paktes seien noch keineswegs fertig, und da die britische Regierung bei der Befürwortung des Planes an der Spitze gestanden habe, habe sie natürlich ein besonderes Interesse an seinem Fortschritt.

Neulandgewinnung am laufenden Band.

Das gewaltige Aufbauwerk, das an der holsteinischen Westküste zur Landgewinnung in Angriff genommen ist, wird mit den modernsten Maschinen vorwärts getrieben. Eine technische Neuheit ist für den Deichbau dieses etwa 200 Meter lange Förderband. Der dem Vorland entnommene Boden wird auf das laufende Band geschaufelt und an der Verwendungsstelle durch Verteiler nach beiden Seiten abgeworfen. Mit dem Fortschreiten der Arbeit wird das Band seitlich verschoben, bis der Deich geschlossen ist. Die Stundenleistung dieses technisch interessanten Förderbandes beträgt 150 Kubikmeter.

Debatte die Opposition unter Protest den Saal verließ, die Anhänger des Regierungsblocks also unter sich waren, wurden die „Thesen" zur Gesetzesvorlage umgewandelt und mit qualifizierter Mehrheit vom Sejm angenommen. Die so überraschend angenommene Verfassung hatte den Nachteil großer sachlicher Mängel und Lücken, die erst in den Kommissionsberatungen des Senats ausgefüllt wurden. Der Senat beschloß eine Reihe redaktioneller, aber auch eine Reihe wichtiger sachlicher Abänderungen.

Auf Grund der neuen Verfassung ist in den Händen des fast mit absoluter Macht ausgestatteten Staatspräsidenten die Staatsgewalt vereinigt. Im ersten Artikel heißt es über seine Stellung: „An der Spitze des Staates steht der Präsident der Republik. Er trägt die Verantwortung für das Schicksal des Staates gegenüber Gott und der Geschichte." „Die Hauptaufgabe der Staatsorgane", so heißt es weiter, „ist der Dienst an der Republik." Der Präsident ernennt die Spitzen der ihm unterstellten Staatsorgane, d. h. der Regierung, Wehrmacht, Gerichte und Staatskontrolle, er beruft den Sejm und Senat ein und löst ihn auf, er ist Oberbefehlshaber der Wehrmacht, repräsentiert den Staat nach außen und entscheidet über Krieg und Frieden. Er hat außerordentlich große Vollmachten inbezug auf die Gesetzgebung und kann die meisten der ihm vorbehaltenen Staatsakte ohne Gegenzeichnung vornehmen.

Diese umfassende Machtstellung des Staatspräsidenten ist das hervorragende Kennzeichen der neuen autoritären Verfassung Polens. Sie wird dadurch verstärkt, daß er berechtigt ist, seinen Nachfolger vorzuschlagen, der dann mit einfacher Stimmenmehrheit vom Sejm gewählt werden kann. Machen Sejm und Senat gleichzeitig von ihrem Recht der Benennung eines Kandidaten Gebrauch, so ist zur Wahl dieses Kandidaten eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Durch ein kunstvolles System von Vorschriften ist ferner dafür gesorgt, daß praktisch stets der vom Präsidenten selbst vorgeschlagene Nachfolger gewählt werden muß. Aehnlichen Erschwerungen unterliegt auch die Abänderung der neuen Verfassung. Die Initiative dazu liegt in den Händen des Staatspräsidenten oder der Regierung und in den Händen des Sejm, wenn ein Viertel der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten es verlangt. Während aber ein aus der Initiative des Staatspräsidenten hervorgehender Abänderungsantrag mit einfacher Stimmenmehrheit angenommen werden kann, ist bei Anträgen der Regierung und des Sejm Zweidrittelmehrheit erforderlich.

Aus allen Bestimmungen ist klar zu erkennen, daß die neue Verfassung auf die augenblicklich in Polen vorhandenen innerpolitischen Machtverhältnisse zugeschnitten ist. Die Oppositionsparteien bleiben zunächst zwar noch formell bestehen, werden aber von allen Entscheidungen ausgeschlossen. Pilsudski und seine Anhänger haben ihre Macht im Staate jetzt verfassungsrechtlich so stark unterbaut, daß ein Sturz von dieser Seite her in den Bereich der Unmöglichkeit gehört.

Aus dem NSLB ausgeschlossen.

DNB **Bayreuth**, 23. Januar.

Das Presseamt der Hauptamtsleitung des NSLB teilt mit: „Der Vorsitzende des Philologenverbandes, Oberstudiendirektor Schwendtke-Berlin, wurde wegen seines Aufsatzes „Besinnung" in Nr. 1 des Deutschen Philologenblattes mit sofortiger Wirkung aus dem NSLB ausgeschlossen. Desgleichen ist Nr. 1 des Philologenblattes, Jahrgang 1935, am 9. d. M. polizeilich beschlagnahmt und eingezogen worden. Diese Maßnahme erstreckt sich auch auf sämtliche außerpreußischen Länder.

Der „große Volksvereinsprozeß" erledigt.

Im November 1933 wurde in einer auch von uns übernommenen Meldung der damaligen „Telegraphen-Union" berichtet, daß im Zusammenhang mit den Vorkommnissen beim „Volksverein für das katholische Deutschland" auch ein Prozeß (der sogenannte „große Volksvereinsprozeß") gegen die früheren Minister Marx, Brauns, Stegerwald, gegen den Industriellen und früheren Zentrumsabgeordneten Klemens Lammers, den früheren Zentrumsabgeordneten Dessauer, gegen Generaldirektor van der Velden und gegen Rechtsanwalt Kohlen bevorstehe. Die Vorwürfe gingen dahin, daß die Beschuldigten es aus politischen Gründen versäumt hätten, für rechtzeitige Anmeldung des Konkurses Sorge zu tragen. Wie die „Frkf. Ztg." erfährt, ist nunmehr das Verfahren gegen alle sieben Beschuldigten eingestellt worden.

Unsozialer Betriebsführer vor dem Ehrengericht.

DNB **Frankfurt a. Main**, 23. Januar.

Das soziale Ehrengericht für den Treuhänderbezirk Hessen verurteilte einen Betriebsführer wegen Verstoßes gegen das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit zu einer Geldstrafe von 5000 Mark.

Der Betriebsführer hatte am 10. Dezember 1934 bei dem Treuhänder der Arbeit einen Antrag auf Stillegung seines Werkes, einer Schamotte- und Tonwarenfabrik gestellt. Trotz der sofortigen Verhängung einer Sperrfrist von zwei Monaten hat der Betriebsführer seine Gefolgschaftsmitglieder am Heiligen Abend entlassen. Die Verhandlung selbst zeigte, wie schwer sich persönliche Streitigkeiten zwischen einzelnen Gesellschaftern auswirken können. Obwohl der Treuhänder der Arbeit wiederholt versucht hat, den Betriebsführer und seinen Mitgesellschafter dahin zu bewegen, im Interesse der Erhaltung der Arbeitsplätze alle persönlichen Streitigkeiten zu beseitigen, hat sich der Betriebsführer aus rein egoistischen Motiven dieser Lösung verschlossen und dadurch die Arbeitsplätze seiner Gefolgschaftsmitglieder gefährdet. Der Betriebsführer hätte ohne weiteres seine Gefolgschaft weiter beschäftigen können, da laufende Aufträge vorliegen und bei Nichtarbeit die Kunden bei anderen Werken bestellt hätten. Trotz wiederholter Aufforderung und dem Hinweis auf sein ungesetzliches Verhalten hielt der Betriebsführer die festgesetzte Sperrfrist nicht ein. Erschwerend wirkte die Tatsache, daß der Betriebsführer ausgerechnet am Heiligen Abend seine Gefolgschaftsmitglieder entlassen hat, so daß das Gericht zu dieser hohen Strafe greifen mußte.

Ein historischer Tag für das deutsche Handwerk

Große Kundgebung in Berlin.

DNB **Berlin**, 23. Jan.

Die großen Errungenschaften der nationalsozialistischen Handwerksgesetzgebung, die jetzt durch die Einführung des großen Befähigungsnachweises und der Handwerkskarte einen gewissen vorläufigen Abschluß gefunden haben, gaben den Anlaß zu einer großen Kundgebung der Führerschaft des Reichsstandes des deutschen Handwerks, die heute abend im Sitzungssaal des Preußenhauses stattfand. Der Veranstaltung wohnten der stellv. Reichswirtschaftsminister Reichsbankpräsident Dr. Schacht, Reichsarbeitsminister Dr. Seldte, sowie zahlreiche andere Vertreter der Regierung, der Verwaltung und der Parteigliederungen bei. Besonders freudig wurde der Präsident der Handwerkskammer Saarbrücken, Schmelzer, von der Versammlung begrüßt.

Der Präsident der Handwerkskammer zu Berlin, Lohmann, eröffnete die Veranstaltung im Namen und im Auftrage des Reichshandwerksmeisters mit einer Begrüßungsansprache, in der er betonte, daß das Handwerk dem Führer zeigen werde, daß es seines Vertrauens wert sei.

Dann nahm der mit der Leitung des Reichswirtschaftsministeriums beauftragte

Reichsbankpräsident Dr. Schacht

das Wort.

Durch die heute erlassene Verordnung der Reichsregierung, führte er aus, wird der vom Handwerk seit langem gehegte Wunsch nach dem sogenannten großen Befähigungsnachweis endlich erfüllt. Damit wird die selbständige Ausübung des Handwerksberufes nunmehr an die Ablegung der Meisterprüfung geknüpft. Ich spreche Ihnen hierzu und in Ihnen dem gesamten deutschen Handwerk meine herzlichen Grüße und Wünsche aus.

Der Entschluß, der zu der heutigen Verordnung geführt hat, ist nicht leichtherzig gefaßt worden. Er gründet sich auf die nationalsozialistische Auffassung vom Handwerk. Diese Auffassung ist ebenso weit entfernt von der liberalistischen Idee völliger Gewerbefreiheit wie von der reaktionären Idee einer überlebten Zunftverfassung. Solange die gewerbliche Technik an das Handwerkszeug gebunden war und die Maschine noch nicht ihren Siegeslauf angetreten hatte, hat die strenge mittelalterliche Zunftverfassung ihre Berechtigung gehabt und ist Hauptträgerin hervorragender handwerklicher Leistungen gewesen. Mit dem Hochkommen der maschinellen Fabrikation und Massenerzeugungen mußte das Handwerk notgedrungen eine Einengung erfahren. Aber es war sicherlich eine der wirtschaftspolitischen Uebertreibungen des liberalistischen 19. Jahrhunderts, wenn man mit der unvermeidlichen Einengung des Handwerks auch seine berufliche Organisation verfallen ließ und durch Einführung schrankenloser Gewerbefreiheit das handwerkliche Können herabminderte. Wenn es auch selbstverständlich war, daß man Lokomotiven, Flugzeuge, Automobile usw. nicht handwerksmäßig herstellen kann, so hätte man doch nicht vergessen dürfen, daß alle modernen Industrien aus dem Handwerk und seinem fachlichen Können ihren Ursprung genommen haben. Man durfte nicht hoffen, die gewerbliche Leistung auf ihrer Höhe halten zu können durch Pfuschertum und maschinellen Massenschund.

Gerade im Interesse einer hochqualifizierten Industrie muß es liegen, das handwerkliche Können zu erhalten und weiter zu bilden.

Erst der nationalsozialistischen Regierung ist es vorbehalten geblieben, die gesetzgeberischen Konsequenzen aus dieser Erkenntnis zu ziehen. Wohl hatte das Jahr 1908 den sogenannten kleinen Befähigungsnachweis gebracht, der vorsah, daß nur der geprüfte Meister Lehrlinge ausbilden durfte; wohl war 1929 die Handwerksrolle eingeführt worden, in die alle selbständigen Handwerker eingetragen werden müssen, aber erst diese Verordnung bringt die eigentliche Sicherung des Leistungsprinzips im Handwerk.

Nachdem durch das Gesetz über den vorläufigen Aufbau des deutschen Handwerks vom November 1933 das Fundament gelegt worden war, führte die Verordnung vom Juli 1934 die allgemeine Pflichtinnung und die Ehrengerichtsbarkeit ein. Nun endlich bringt die heute veröffentlichte Verordnung den sogenannten großen Befähigungsnachweis, wonach nur derjenige in die Handwerksrolle eingetragen wird, der die Meisterprüfung abgelegt hat oder die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen besitzt und nur, wer in die Handwerksrolle eingetragen ist, ein Handwerk als stehendes Gewerbe ausüben darf.

Was bedeutet nun diese Verordnung für das Handwerk? Sie soll ein Ansporn sein zur Erreichung einer hohen Leistung, ohne daß jedoch irgend jemanden der Weg hierzu versperrt wird. Die heutige Verordnung bringt keinen Numerus clausus. Alle Handwerker, die vor dem 1. Januar 1932 in die Handwerksrolle eingetragen waren, bleiben von der Verordnung unberührt. Diejenigen, die später eingetragen wurden und noch nicht 35 Jahre alt sind, müssen die Meisterprüfung bis 1939 nachholen, aber unter erleichterten Bedingungen. Auch dem Handwerker, der seine Ausbildung in der Industrie erhalten hat, steht der Weg zur Meisterprüfung und damit zur Selbständigkeit offen.

Wenn hier also gewisse Vorrechte für das Handwerk ausgesprochen werden, so steht die Erringung dieser Vorrechte doch in dem Willen eines jeden, der sich dem Handwerksberuf zuwenden will. Die Meisterprüfung wird der Maßstab für die Auslese der wirklich Tüchtigen im Handwerk sein. Sie muß hohe Leistungen fordern, darf aber nicht dazu benutzt werden, den Zugang zum Handwerk unbillig zu erschweren.

Meine Herren, das weitere Schicksal der Verordnung ist in Ihre Hände gelegt. Das hohe Vertrauen, das Ihnen damit entgegengebracht wird, werden Sie dadurch rechtfertigen, daß Sie im Geist unseres Führers Adolf Hitler den wirtschaftlichen und nationalen Aufbau Deutschlands auch im Handwerk durch zähe, opferwillige Mitarbeit vollenden helfen.

Zum Schluß sprach

Reichshandwerksmeister W. G. Schmidt.

Er bezeichnete die gesetzliche Einführung des „Großen Befähigungsnachweises" und der Handwerkskarte als den Abschluß eines Kampfes von mehr als sechs Jahrzehnten. Nach der Machtübernahme des Nationalsozialismus und der Gründung des Reichsstandes des Deutschen Handwerks haben einzelne Handwerkskammern von sich aus Berufsausweise eingeführt; diese sind Vorläufer der neuen Handwerkskarte, denn dem Handwerker wurde darin zum ersten Mal die Zugehörigkeit zum Handwerk bestätigt. Durch die nationalsozialistische Revolution hat die Handwerksgesetzgebung eine ungeahnte Belebung und zweifellos auch ihren Höhepunkt erreicht. Mit der Einführung des großen Befähigungsnachweises und der Handwerkskarte ist dem Handwerk als Berufsstand sein Fortbestehen, auf das es auf Grund seiner Leistungen und seiner Tradition Anspruch hat, gewährleistet, und eine große Gefahr für das Handwerk gebannt.

Gerade in der Wirtschaftskrise, führte der Reichshandwerksmeister weiter aus, sind Ungelernte ohne die nötige Sachkenntnis und das erforderliche Verantwortungsgefühl ins Handwerk geströmt und haben neue selbständige Handwerksbetriebe eröffnet; noch heute ist das Handwerk zu 20 v. H. übersetzt. Die nicht vorgebildeten „Handwerker" reißen durch unlauteres Verhalten in großem Umfange die Aufträge an sich, und zwar besonders durch Uebervorteilung der Kunden oder durch Schmutzkonkurrenz; solche Schädlinge ermöglichen Schleuderpreise, indem sie ihre Mitarbeiter unter Tarif entlohnen oder Steuern, Sozialbeiträge, Miets- und Geschäftsschulden nicht bezahlen. Damit haben sie einen Wettbewerb mit ungleichen Waffen eröffnet, dem der anständig und ehrbar arbeitende Handwerker nicht gewachsen sein konnte. Auch die Schwarzarbeiter und Gelegenheitsarbeiter untergruben das wirtschaftliche Dasein des geschulten Handwerksmeisters, zumal der Kunde selten minderwertige von guten, dauerhaften Leistungen unterscheiden kann. Entscheidend war schließlich, daß ungelernte Handwerker, Gelegenheitshandwerker und Schwarzarbeiter mit ihren schlechten Leistungen den Ruf des ganzen Handwerks schädigten und das Vertrauen zur Handarbeit erschütterten. Hätte jetzt nicht der Gesetzgeber eingegriffen, dann hätte dem ehrbaren Handwerk das immer weitere Absinken und schließliche Verschwinden gedroht. Der gesunde Wettbewerb soll durch die neue Verordnung nicht ausgeschaltet werden. Das Handwerk soll auch keine bevorzugte Stellung vor den anderen Berufsständen erhalten.

Allein die Leistung wird in Zukunft bestimmen, ob das Handwerk eine neue Blütezeit erlebt.

Zunächst aber muß das Faule und Minderwertige im Handwerk abgestoßen, die Schwarzarbeit und die Preisschleuderei verhindert und der Verbraucher nach Möglichkeit vor Pfuscharbeit gesichert werden. Der nationalsozialistische Staat muß bestrebt sein, die Leistungshöhe in den einzelnen Berufen zu heben. Hierzu ist eine berufsständische Auslese nötig, und sie läßt sich ohne eine Prüfung vor einer mit den nötigen Befugnissen ausgestatteten Stelle nicht durchführen. Auch aus diesem Grunde war der Große Befähigungsnachweis nötig.

Es soll niemand verwehrt werden, den Beruf eines ehrsamen Handwerkers auszuüben oder zu ergreifen. Wer ihn aber erwählt, der soll auch die nötigen Voraussetzungen mitbringen und ausweisen, denn das liegt in seinem eigensten Interesse und dient der Erhaltung einer wirtschaftlich gesunden Existenz.

Es dient aber auch dem guten Namen deutschen Handwerkskönnens und damit deutscher Gütearbeit, und es wird gebieterisch vom Wohl des Volksganzen gefordert, dem unsere Arbeit und unser Können zu dienen hat.

Ein offenes Wort im Memelprozeß.

Dr. Brindlinger sagt aus.

DNB **Kowno**, 23. Januar.

Auch in der heutigen Verhandlung im Memelländerprozeß bildete die Mordsache Jesuttis den Kernpunkt. Die Zeugenvernehmung ergab ein lückenloses Alibi für den Angeklagten Lepa, der laut Anklageschrift der Beihilfe bei der angeblichen Ermordung des Jesuttis beschuldigt wird.

Bedeutsam war das Leumundszeugnis, das der frühere Oberbürgermeister Dr. Brindlinger der Stadt Memel einer Reihe von Angeklagten in diesem Prozeß ausstellte. Auf die Frage des Hauptangeklagten Dr. Neumann, ob Dr. Brindlinger irgendetwas davon wisse, daß Neumanns Partei einen bewaffneten Aufstand geplant habe, antwortete Brindlinger: Ich kann nur sagen, daß ich mit einer großen Zahl der hier Angeklagten stets in engster Fühlungnahme gestanden habe. Ich habe immer wieder Gelegenheit gehabt, mich mit den Leuten der beiden angeklagten Parteien zu unterhalten. Ich habe aber bei dieser Unterhaltung die Ueberzeugung gewonnen — das sage ich jetzt unter ausdrücklicher Berufung auf meinen Eid — daß keiner von diesen Herren mit dem Gedanken auch nur gespielt haben kann, im Memelgebiet einen bewaffneten Aufstand zu entfachen.

In Unterhaltungen wurde von diesen Herren immer wieder erklärt, wenn man den alten Parteien (Landwirtschaftpartei und Memelländische Volkspartei) einen Vorwurf machen könne, dann nur den, daß sie sich nicht genug Mühe gegeben hätten, die Beziehungen zwischen dem Memelgebiet und dem litauischen Zentralstaat besser zu gestalten. Die Männer um Neumann und Saß hätten immer wieder betont, daß man gerade deshalb neue unbelastete Männer heranziehen müsse, weil man die Hoffnung nicht aufgeben würde, zu einem guten Einvernehmen mit dem Zentralstaat zu kommen. Ich habe ihnen hierauf erklärt, sie seien große Optimisten, denn, solange eine gewisse Clique im Memelgebiet existiere, werde es nicht gelingen, bessere Beziehungen herbeizuführen. Ich habe bei all diesen Unterredungen immer wieder gefunden, daß die Herren in ihrem m. E. zu großen Optimismus geglaubt haben, daß es gelingen würde, die Beziehungen enger und besser zu gestalten. Niemals habe ich davon gehört — und bei meinen weitreichenden Beziehungen im Memelgebiet und vornehmlich in der Stadt Memel hätte mir so etwas nicht entgehen können — daß in einem größeren Kreise irgend ein Plan für einen gewaltsamen Aufstand besprochen worden sei.

Auf die Frage des Vertreters der Zivilklage, was er unter der Clique verstehe, die ein Hindernis für die Verständigung gewesen wäre, erwiderte Dr. Brindlinger: Wir waren der Auffassung, daß das Haupthindernis für eine Verständigung zwischen dem Memelgebiet und der Zentralregierung in dem Verhalten gewisser Memelländer lag, die aus eigennützigen Interessen heraus handelten und kein Interesse an einer Befriedung hatten. Wenn Namen verlangt werden, kann ich Namen nennen.

Es ist bezeichnend, daß weder das Gericht noch die Staatsanwaltschaft oder die Vertreter der Zivilklage auf dieses Angebot eingingen.

Ferner brachte die Verhandlung noch eine interessante Feststellung. Der Direktor des Roten Kreuzes in Memel, der Zeuge Dr. Ceponis, der die Leiche des Jesuttis gleich nach ihrer Auffindung untersucht hatte, gab an, daß die Haut des Toten Anzeichen aufwies, die darauf hindeuteten, daß die Leiche längere Zeit an der Luft gelegen habe. Diese Behauptung steht im Widerspruch zu der Behauptung der Anklage, die besagt, daß Jesuttis gleich nach der Ermordung ins Wasser geworfen worden sei. — Die Verhandlung wurde auf Donnerstag vertagt.

Keine diplomatischen Folgen des Blutbades in Somaliland.

(!) **Paris**, 23. Januar.

Am Quai d'Orsay wird erklärt, daß der Zwischenfall in Französisch-Somaliland eine rein örtliche Bedeutung habe und deshalb keine diplomatischen Folgen nach sich ziehen dürfte. Der französische Regierungsbeamte Bernard, der im Kampfe mit den räuberischen Nomaden sein Leben gelassen hat, ist nachträglich zum Ritter der Ehrenlegion ernannt und wegen Tapferkeit vor dem Feinde im Staatsanzeiger rühmend erwähnt worden.

Aufregung über die Kandidatur des jungen Churchill.

£ **London**, 23. Januar.

Die Kandidatur des 23 Jahre alten Randolph Churchill, des Sohnes von Winston Churchill, bei der Unterhausnachwahl in Wavertree hat bereits einen politischen Sturm innerhalb der konservativen Partei heraufbeschworen. Der Beschluß, der das Indienreformgesetz der Nationalregierung bekämpfenden „Liga zur Verteidigung Indiens", die die Kandidatur des jungen Churchill unterstützt, wird in führenden Kreisen als ein agressiver Schritt bezeichnet, der auf eine Spaltung der konservativen Partei hinziele. Das konservative Parteibüro hat daher beschlossen, den Wahlfeldzug der Churchill-Anhänger und der Indien-Liga energisch zu bekämpfen. Der „Verband von Großbritannien und Irland", der die Regierungsvorschläge für die indische Verfassungsreform unterstützt, wird seine Wahlredner dem Kandidaten der Nationalregierung James Platt zur Verfügung stellen. Von der konservativen Parteileitung wird besonders die Befürchtung zum Ausdruck gebracht, daß die zu erwartende Spaltung der konservativen Stimmen lediglich den Kandidaten der Arbeiterpartei zugute kommen werden.

Kraftwagen fährt in eine HJ-Kolonne

DNB **Berlin**, 23. Januar.

Mittwoch abend gegen 20,30 Uhr fuhr an der Ecke der Gneisenau- und Nostitzstraße aus bisher noch nicht aufgeklärter Ursache ein Personenkraftwagen in eine in Richtung Yorckstraße marschierende Kolonne der Hitlerjugend. Dabei wurden fünf Hitlerjungen schwer und zwei leicht verletzt und mußten in das Urban-Krankenhaus eingeliefert werden. Einer der fünf Schwerverletzten ist inzwischen gestorben.

Seine Frau und sich selbst erschossen.

DNB **Berlin**, 23. Januar.

Der 43jährige Herbert Winkel erschoß in seiner Wohnung in der Graetzstraße 22 in Treptow seine 28jährige Ehefrau und verübte dann Selbstmord. Bei dem Ehepaar waren zwei Schwestern der Frau zu Besuch. Heute morgen stand Winkel wie immer gegen 7 Uhr auf. Im Schlafzimmer zog er einen Revolver und schoß vor den Augen seiner entsetzten Schwägerinnen auf seine Frau, um sich dann selbst zu erschießen. Die Kriminalpolizei fand in der Küche auf einem blumengeschmückten Tisch sämtliche Papiere, die Winkel dort niedergelegt hatte. Der Grund zur Tat dürfte nach einem hinterlassenen Brief in Drohungen der Eltern eines erwachsenen Mädchens zu suchen sein, mit dem Winkel in Beziehungen gestanden hat.

Die brennende Pfeife im Heu.

DNB **Osterode**, 23. Januar.

In der Scheune eines Landwirts in Osterode brach Feuer aus, dem das Gebäude zum Opfer fiel. Bei Beginn der Löscharbeiten wurde eine grausige Entdeckung gemacht. Am Eingang der brennenden Scheune sah man die verkohlte Leiche eines Mannes, bei dem man eine leere Branntweinflasche und eine Tabakpfeife fand. Es handelt sich bei dem Toten um einen früheren russischen Kriegsgefangenen, der in Deutschland verblieb und sich in Osterode als Schuhmacher niedergelassen hatte. Im Rausch hatte er sich mit brennender Pfeife in die Scheune gelegt und so das Unglück verursacht.

Ein dreifacher Mörder festgenommen

DNB **München**, 23. Jan.

In Waldsassen wurde der 34jährige Karl Schuebl wegen eines Paßvergehens verhaftet. Dabei wurde festgestellt, daß Schuebl der Täter ist, der in der vorigen Woche in St. Katharina bei Tachau in der Tschechoslowakei den Besitzer Landwirt Joseph Stelzner erschossen und dessen Frau und Tochter erschlagen hat. Schuebl befindet sich im Amtsgerichtsgefängnis in Waldsassen.

Ausgrabung einer großen Römerstadt

Kko **Madrid**, im Januar.

Vor einem Jahre wurden in der Nähe von Sevilla Ausgrabungen begonnen, die der verschwundenen Stadt Italica, einer römischen Gründung auf spanischem Boden, galten. Das Ergebnis dieser Forschungsarbeit liegt nun vor. Italica kann sich darnach vollständig mit dem berühmten Pompei messen, das bekanntlich einen Reichtum an Funden geliefert hat. An Bedeutung und Ausdehnung der Bauwerke, an Erhaltung derselben, an Schönheit des Straßenbildes dürfte es alle bisher bekanntgewordenen römischen Städte sogar übertreffen. Die einzelnen Häuser liegen nach den „Informaciones" in „harmonischer Unregelmäßigkeit" gleich Villen in Gärten zerstreut. Man hofft, außer den Bauwerken auch Geräte und Kunstwerke bergen zu

Sieben südslawische Soldaten im Schneesturm umgekommen.

:: **Belgrad**, 23. Januar.

In der Nähe von Podgoritza (Montenegro) wurden am Dienstag die Leichen von sieben südslawischen Soldaten aufgefunden, die auf einer Uebung von einem Schneesturm überrascht worden sind. Drei weitere Soldaten werden noch vermißt. Man befürchtet, daß sie ebenfalls erfroren sind.

Aus Münster und dem Münsterland.

Nächtlicher Raubüberfall.

‡ **Münster**, 23. Januar.

In der Nacht zum Dienstag, gegen 3 Uhr, wurde auf dem Horsteberg ein auswärtiger Geschäftsmann von zwei unbekannten Männern mit dem Rufe „Hände hoch" angehalten und seiner Brieftasche mit einem größeren Geldbetrage beraubt. Hierauf flüchteten die Täter über den Horsteberg.

Der Geschädigte traf bald auf eine Polizeistreife, die sofort mit Unterstützung von zwei Feldjägern und Zivilpersonen die Verfolgung aufnahmen. Es gelang auch, den einen Täter in der Lütkegasse zu ergreifen, während der zweite entkam. Trotzdem der Festgenommene die Täterschaft bestritt und seinen Komplizen nicht kennen wollte, konnte die Kriminalpolizei im Laufe des Dienstag den zweiten Täter ermitteln und festnehmen. Es handelt sich um zwei der Polizei bekannte Gewohnheitsverbrecher, die dem Amtsgericht zugeführt wurden.

Ein Auto überrennt einen Handwagen.

Ein Kind getötet, zwei weitere verletzt.

⊙ **Epe**, 23. Januar.

In den späten Abendstunden des Dienstag ereignete sich in Epe ein trauriger Unglücksfall. Ein Personenkraftwagen fuhr auf einen unbeleuchteten Handwagen. Dabei wurde ein Kind getötet, ein anderes schwer und ein drittes leicht verletzt.

Ein von Gronau kommender Personenkraftwagen begegnet einem Auto, blendet ab und fährt fast während der Begegnung der beiden Wagen auf einen mit Buschen und Reisig hochbeladenen unbeleuchteten Handwagen, der von drei Kindern gezogen wurde. Auto und Wagen wurden in den Straßengraben geschleudert. Alle drei Kinder waren verletzt und mußten zum Eper Hospital gebracht werden. Wenige Stunden nach dem Unfall ist eines der Kinder seinen erlittenen Verletzungen bereits erlegen. Ein zweites Kind liegt mit bedenklichen Kopfverletzungen im Hospital darnieder. Man hofft allerdings, daß wenigstens dieses Menschenleben gerettet werden kann. Das dritte Kind kam mit leichteren Verletzungen davon.

Der Kraftwagen mußte abgeschleppt werden. Oberingenieur Dahlmann aus Münster war bald an der Unfallstelle erschienen und nahm den Tatbestand auf. Es stellt sich heraus, daß der Handwagen weder beleuchtet noch mit einem Rückstrahler versehen war. Nur so ist es möglich gewesen, daß der abgeblendete Personenkraftwagen, der zudem noch durch ein entgegenkommendes Auto in der Sicht behindert war, auf den Handwagen auffahren konnte. Die beiden Insassen des Wagens blieben unverletzt. Den Lenker des Wagens trifft keine Schuld.

Mit einer schweren Schußwunde aufgefunden.

✻ **Ahlen**, 23. Januar.

Heute mittag wurde in der im Amte Ahlen gelegenen Bauerschaft Brockhausen ein Mann mit einer schweren Schußverletzung in bewußtlosem Zustande aufgefunden. Der Schwerverletzte wurde mit dem städtischen Krankenauto in das St.-Franziskus-Hospital gebracht.

Zu diesem rätselhaften Vorfall erfahren wir noch: In den Vormittagstunden gingen in der Bauerschaft Brockhausen zwei Scherenschleifer ihrem Gewerbe nach. Gegen Mittag wurde einer von den beiden mit einer schweren Schußverletzung in der Brust in bewußtlosem Zustande auf der Straße aufgefunden. Es handelt sich um einen Staudinger aus Ränthe.

Die ärtliche Untersuchung ergab, daß der Schuß aus einer 6-mm-Pistole abgegeben sein muß. Die Kugel drang dem St. oberhalb des Herzens in die Lunge, aus der sie bis jetzt noch nicht entfernt werden konnte. Die Ermittlungen erschweren sich deshalb so sehr, weil St. noch nicht vernehmungsfähig ist und weil bis jetzt noch kein Zeuge des Herganges dieses rätselhaften Vorfalles gefunden worden ist. Der zweite Scherenschleifer, der seit dem Vorfall spurlos verschwunden ist, konnte ebenfalls noch nicht ausfindig gemacht werden.

Vorläufig jedenfalls steht man noch vor einem völlig ungelösten Rätsel. Auch die Beantwortung der Frage, ob es sich um ein Verbrechen oder einen Unglücksfall handeln könnte, muß den weiteren Untersuchungen vorbehalten bleiben.

Der Fall der Siedlung Reckenfeld.

Zweiter Verhandlungstag.

‡ **Münster**, 23. Januar.

Der auf mehrere Tage angesetzte Prozeß gegen den früheren Leiter der Eisenhandel-Ost, der Eigentümerin der Siedlung Reckenfeld-Hembergen, über dessen Beginn wir bereits gestern berichteten, fand am Mitwoch vormittag seine Fortsetzung. Zu Beginn der Sitzung erklärte der Vorsitzende, daß es notwendig sei, alle Punkte der Anklage durchzuführen, um den Sachverhalt zu klären und dem Angeklagten gerecht zu werden.

Im Vordergrunde der Erörterungen des zweiten Verhandlungstages standen die Fragen um die Zinszahlungen. Die EHO hat etwa 29 000 Mark an Zinsen von den Siedlern eingenommen, aber selbst keine Zinsen an das Reich gezahlt, bis eines Tages einige Siedler mit Klagen bei dem Präsidenten Müller an der Regierung in Münster erschienen und bei dieser Gelegenheit auch die Sprache auf den Zinsendienst brachten. Zum ersten Male erfuhr die Regierung, daß die EHO Zinsen einstrich, während von Wilde bei jeder Gelegenheit der Eindruck erweckt wurde, daß keine Zinsen von den Siedlern gezahlt würden. Es kam dann zu einem Vergleich zwischen der EHO und der Regierung. Die EHO zahlte einen Betrag von 4 000 Mark und gab eine Hypothek. Dieser Vergleich war noch unbeeinflußt von der Zinsaffäre, wie sie hinterher der Regierung bekannt wurde. Nach der Erklärung des Vorsitzenden sah Präsident Müller in dem Verhalten des Wilde eine Unterschlagung zum Schaden des Reiches. Der Komplex wird aber zur Aussprache bei der Vernehmung des Präsidenten Müller kommen. Wilde trat dieser ungünstigen Wendung des Strafprozesses entgegen und bat seinerseits um die Ladung des Ministerialdirektors Schwarz, mit dem er über die Zinsangelegenheit verhandelt habe. Der Angeklagte behauptete, seine Ansprüche gegen den Reichsfiskus seien gerechter Natur gewesen und darin sei er auch von seinen Anwälten in Berlin und beim Reichsgericht bestärkt worden. Staatsanwalt Dickertmann zitierte aber zwei Briefe aus den umfangreichen Akten, die besagen, daß der Angeklagte in diesem Punkte die Unwahrheit gesagt hat und daß seine Anwälte seine Ansprüche für aussichtslos erklärten. Am Mittwoch nachmittag fand ein Lokaltermin statt.

Circus Gleich in Münster.

Auf die am Donnerstag, den 24. Januar, abends 8,15 Uhr, stattfindende große Eröffnungsvorstellung wird besonders hingewiesen. Sämtliche Programmnummern bedeuten für Münster und Umgebung eine gewaltige Sensation. Mittwochs, Samstags und Sonntag finden je zwei Vorstellungen, und zwar nachmittags 3,30 Uhr und abends 8,15 Uhr, statt. Die Halle Münsterland bietet mit den Vorführungen des Circus Gleich etwas ganz Besonderes.

Naturschutz und Schule.

Der Leiter der städt. Oberrealschule Münster, Oberstudiendirektor Poelmann, behandelte in der ersten diesjährigen Sitzung des Westfälischen Naturschutzvereins das Thema „Naturschutz und Schule", das heute von ganz besonderer Allgemeinbedeutung ist.

Ausgehend von der Forderung der Preußischen Richtlinien für die höheren Schulen: „Durch innigen Umgang mit der heimatlichen Natur ist der Schüler zum vollen Erfassen des Naturschutzgedankens zu führen", betonte der berufene Pädagoge, innigen Umgang mit der Natur könne der Schüler aber nur dann pflegen, wenn die Schule ihn möglich oft in die Natur hinausführe. Der Schüler müsse die Natur erleben und sich erarbeiten. Und unter den beiden Gesichtspunkten des Erlebens und Erarbeitens legte Direktor Poelmann die Ziele und Arbeitsmethoden der naturkundlichen Ausflüge dar, wobei er namentlich den Unterschied in der Gestaltung der Ausflüge während des Grundschulalters und in den reiferen Jahren herausarbeitete. Während des ganzen Grundschulalters und weit darüber hinaus werde vorzugsweise die Einzelerscheinung der heimatlichen Natur beachtet. Später aber komme das selbsttätige Erarbeiten in immer steigendem Maße zur Geltung. Von den weiteren Hilfsmitteln, die Jugend zum Naturschutzgedanken zu erziehen, behandelte der Redner: Arbeiten im Schulgarten, Pflege von Tieren aller Art, Bekämpfung von Wanderunsitten, Auswertung von Naturschutzgebieten und Heimatmuseen, sowie Behandlung des zur Untersuchung vorgelegten Materials. Nicht vergessen werden dürfe, daß Naturschutz und Naturdenkmalspflege auch einen starken romantischen Einschlag besitzen, und der Vortragende wies nach, wie auch dadurch eine Möglichkeit gegeben ist, die Herzen der Jugend für den Naturschutz zu gewinnen.

Die Mütterschule eingeweiht.

In Gelsenkirchen-Horst wurde am Dienstag am Amtsplatz in dem Hause des früheren Bürgermeisters von Horst die erste ständige Mütterschule des Gaues Westfalen-Nord durch den Reichsmütterdienst Berlin feierlich eröffnet. Schon seit Mai 1934 wurden im Gau Westfalen-Nord Wanderkurse für Mütterschulung begonnen und durch sie sind etwa 12 500 Frauen geschult worden. In Ergänzung dieser Wanderkurse ist nun die erste ständige Mütterschule eingerichtet worden.

Die Stadt Gelsenkirchen hat in Erkenntnis der darin liegenden großen volkserzieherischen Aufgabe ein geeignetes Haus zur Verfügung gestellt und herrichten lassen. Zur Einweihung der Gaumütterschule hatten sich unter Führung der Gauamtsleitung der NS Frauenschaft Westfalen-Nord namhafte Vertreterinnen des Deutschen Frauenwerks, der Partei, der Behörden usw. eingefunden. Die Begrüßungsansprache hielt Gauamtsleiterin Polster von der NS Frauenschaft. Gauinspektor Bergemann überbrachte die Grüße der Partei und insbesondere des Gauleiters, Reichsstatthalter Meyer. Bürgermeister Dr. Schumacher dankte namens des Gelsenkirchener Oberbürgermeisters und der Stadtverwaltung für die Tatkraft, die die Mütterschule des Gaues Westfalen-Nord gerade in Gelsenkirchen erstehen ließ. Nach weiteren Ansprachen erfolgte eine Besichtigung der Räumlichkeiten der Mütterschule, in denen Küche, Nähkurse, Erziehungskurse, Säuglings- und Gesundheitspflege untergebracht sind. Unter den Klängen des Deutschland- und Horst-Wessel-Liedes schloß dann die Einweihungsfeier mit der feierlichen Flaggenhissung.

Anschließend fand sich die NS Frauenschaft mit dem Deutschen Frauenwerk zu einer Arbeitstagung zusammen. Die Reihe der Veranstaltungen schloß am Dienstag abend mit einer öffentlichen Kundgebung im großen Saale eds Hans-Sachs-Hauses in Gelsenkirchen, deren Thema die Haltung des deutschen Menschen der Zukunft und Fragen der Haus- und Volkswirtschaft war.

Gegen Hunger und Kälte.

Große Betreuungsaktion am Tage der nationalen Erhebung. — Wohlhabende Volksgenossen übernehmen eine Patenschaft für bedürftige kinderreiche Familien.

In den nächsten Tagen wird im Gau Westfalen-Nord wieder eine großzügige Aktion durchgeführt werden. Die zahlreich eingegangenen Pfundspenden lassen es zu, daß jeder Hilfsbedürftige bedacht werden kann. Das heißt mit anderen Worten: 650 000 Volksgenossen erhalten Pfundspendenpakete.

Die zweite große Betreuungsaktion zum Tage der nationalen Erhebung wird an Umfang noch einmal so groß als die vorgenannte Aktion sein. Die Betreuung an diesem Tage geschieht durch Gutscheine, die jeder Kaufmann in Zahlung nimmt. Außerdem erhalten besonders bedürftige Volksgenossen einen Kohlengutschein.

Um einen Mißbrauch der Gutscheine durch unwürdige Elemente zu verhindern, sei nochmals betont, daß nur Waren für diese Gutscheine gekauft werden dürfen, die tatsächlich die Bedürftigen vor Hunger und Kälte schützen. Es darf nicht sein, daß Gutscheine des WHW zum Einkauf von Zigarren, Zigaretten, Schnaps, Bier, Rasierklingen, Spielzeug und dergleichen verwandt werden. Der Bedürftige, der das verlangt, sowie der Kaufmann, der den Wünschen seines Kunden entspricht, macht sich mit dieser Handlungsweise strafbar. Derartige Fälle werden vom WHW rücksichtslos bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht.

Außer diesen Aktionen, die die Gesamtheit der Hilfsbedürftigen umfassen, wird in diesem Monat eine Betreuung der kinderreichen Familien vorbereitet. Wohlhabende Volksgenossen sollen für eine hilfsbedürftige kinderreiche Familie eine Patenschaft übernehmen und die ihnen durch Vermittlung des WHW zugeteilte Familie einmalig direkt betreuen.

Die für die Uebernahme einer solchen Patenschaft in Frage kommenden Volksgenossen werden gebeten, sich bei ihrer zuständigen Ortsgruppe zu melden. Das Winterhilfswerk und damit das ganze deutsche Volk erwartet, daß alle die Volksgenossen, die das Schicksal begünstigte, sich melden und damit unter Beweis stellen, daß das ganze Volk restlos in nationaler Solidarität zusammenhält.

Neuorganisation des Roten Kreuzes.

△ **Münster**, 23. Januar.

In dem soeben erschienenen Rechenschaftsbericht über Entwicklung und Leistungen preußischer Landesmännervereine des Deutschen Roten Kreuzes für das Geschäftsjahr 1933-34 wird auch der Provinzialverein Westfalen im Einzelnen behandelt. Wir entnehmen diesen Ausführungen das folgende:

Nachdem jetzt die neue Satzung des Provinzial-Männervereins Westfalen genehmigt worden ist, wurde die Neuorganisation des Roten Kreuzes in neu entstandenen Stadtkreisen und die Wiederbelebung der infolge des Krieges eingegangenen Kreisvereine energisch betrieben. Für den Stadtkreis Wattenscheid ist bereits ein neuer Kreisverein gegründet worden.

Trotz der Ungewißheit, die während des Berichtsjahres über das fernere Schicksal der Rote-Kreuz-Vereine bestand, konnten neue Sanitätskolonnen in Bande, Busch-Werne a. d. L. gegründet werden. In Westfalen bestehen jetzt 240 Kolonnen. Die Neugründungen sind durchweg auf die persönlichen Anregungen der Bürgermeister zurückzuführen, die erkannt haben, daß schon angesichts der Ansammlungen großer Volksmengen bei nationalen Feiern der Einsatz entsprechend vorgebildeter, disziplinierter Rote-Kreuz-Männer und daher die Gründung von Sanitätskolonnen ein unbedingtes Erfordernis ist. Infolge der Ungewißheit über die künftige Stellung der Sanitätskolonnen sind nur sechs größere Uebungen zustande gekommen, fast ausnahmslos unter Mitwirkung örtlicher NS Organisationen, Feuerwehren, Technischer Nothilfe und der Reichsbahn. Die Bezirksinspekteure haben in dem Berichtsjahre 53 Kolonnen besichtigt. Abgesehen von einer Ausnahme, hatten diese Besichtigungen ein voll befriedigendes Ergebnis. Die Ausbildung der Sanitätskolonnen im Gas- und Luftschutz wurde auch im Berichtsjahre wesentlich gefördert. Wo nicht mehrtägige Lehrgänge abgehalten werden konnten, wie an der Ausbildungszentrale in Dortmund, wurden in der näheren Umgebung in Münster Abendlehrgänge mit Vorträgen und praktischen Uebungen veranstaltet. Eine umfassende theoretische und praktische Unterweisung wurde in Bielefeld abgehalten. An ihr nahmen 29 Kolonnen mit 164 Mitgliedern, zugleich Mitglieder der SA in großer Zahl, teil. Die überwiegende Zahl der Kolonnen ist so weit vorgebildet, daß sie im Luftschutz die ihnen zugedachten Aufgaben zu erfüllen in der Lage ist. Zwischen den NS Organisationen und den Sanitätskolonnen herrscht jetzt ein von dem gleichen Geiste beseeltes kameradschaftliches Verhältnis. Den Wünschen der NS Organisationen auf Mit- und Ausbildung in der ersten Hilfe und Mitgebrauch der Einrichtungen der Sanitätskolonnen wird von den Kolonnen bereitwilligst entsprochen. An allen öffentlichen Sammlungen haben die Sanitätskolonnen als Sammler teilgenommen und, wo sie für nationale Veranstaltungen angefordert wurden, den Sanitätsdienst übernommen. Besonders hervorzuheben ist der opferfreudige Rettungsdienst der Sanitätskolonne Plettenberg gelegentlich der Gasexplosion am 12. Januar 1934.

Die Westfälische Schwesternschaft vom Roten Kreuz entwickelt sich weiter. In zwei Mutterhäusern, einem Erholungs- und einem Altersheim sind 277 Schwestern tätig, wobei die Oberinnen und Hilfsschwestern eingerechnet sind.

Das Landjahr in Westfalen 1935.

Westfalen wird Aufnahmegebiet.

•NSG• Am 15. April 1934 verließen 20 000 Jungen und Mädel das Häusermeer der Großstädte und Industriebezirke und fuhren hinaus auf das Land, blaß, vom Geist der Großstadt angesteckt, das Ganze uneinheitlich und willkürlich zusammengesetzt. Am 15. Dezember kamen 20 000 deutsche Jungen und Mädchen zurück in die Heimat, äußerlich gesund und frisch und körperlich außerordentlich gut entwickelt — im Herzen begeisterte junge Nationalsozialisten — Hitler-Jungen und -Mädchen.

Das Landjahr hat seine Prüfung bestanden, ja, nach dem Urteil der öffentlichen Meinung und seines Schöpfers glänzend bestanden. Es wird daher in diesem Jahre erweitert und auf eine Reihe anderer Länder ausgedehnt. Auch Westfalen soll in diesem Jahre Aufnahmebezirk werden, und es schickt sich an, die letzten Vorbereitungen zu treffen. Führer auszubilden und Heime anzumieten.

Was ist überhaupt das Landjahr?

Der neue Staat ist sich bewußt, daß er seine Idee nur durchführen, daß Deutschland nur leben kann, wenn es für alle Zukunft Führer hat, die diese Idee als festen Besitz und unerschütterlichen Glauben im Herzen tragen und die auch bereit und fähig sind, für diesen Glauben einzutreten und ihn zu verwirklichen. Jeder junge Deutsche muß daher eine Erziehungsschule durchlaufen, in der er zum Kämpfer und Führer für das neue, das Dritte Reich, herangebildet wird. Ein Teil dieser Erziehungsschule soll in Zukunft das Landjahr sein. Hier im Landjahr sollen die Grundlagen für jede Führereignung überhaupt gelegt werden.

Im entscheidenden Entwicklungsalter, nachdem die Jungen und Mädchen die Schule verlassen haben, werden sie aus der Umwelt der Großstadt bezw. des Industriebezirks herausgerissen und auf das Land, die ewige Quelle deutscher Volkskraft, verpflanzt. Hier sich nicht selbst überlassen, sondern in Gemeinschaft zu 40, 60 oder 80 Jungen bezw. Mädchen unter Führung besonders geeigneter und vorgebildeter Führer zusammengefaßt, erleben sie die deutsche Landschaft und den deutschen Bauern. Zucht und Disziplin, Gehorsam und Treue, Ehre, Freiheit und Kameradschaft sind die Grundlagen, auf denen sich dieses Gemeinschaftsleben aufbaut.

Das Leben ist einfach, der Dienst hart. Auf die Minute genau, früh um 6 Uhr angefangen bis abends um 9 Uhr, rollt der Tageslauf ab. Das muß sein, denn Deutschland braucht ein hartes Geschlecht, wenn es leben will, und die Härtesten sind gerade gut genug. Aber der Führer ist den Jungen Kamerad und älterer Freund. Nichts verlangt der Führer von den Jungen, was er nicht jeden Augenblick selbst bereit ist zu tun. Er ist immer nur Diener an der Gemeinschaft. Vormittags ist praktische Arbeit beim Bauern. Das ist nicht etwa Spielerei, sondern hier wird wirklich ernste Arbeit geleistet. Jeder Bauer erhält einen oder mehrere Jungen zugeteilt — je nach Bedarf und Wunsch. Und derselbe Junge geht immer wieder zu demselben Bauern, und so entwickelt sich hier ein Freundschaftsverhältnis, das mitunter ganz herzliche Formen annehmen kann. „Mein Bauer", heißt es bei den Jungen und „mein Willi" bei den Bauern, und jeder Bauer ist stolz auf seinen Jungen und weiß nur Gutes von ihm zu berichten. Wenn Not am Mann ist, in der Erntezeit, steht der Junge dann den ganzen Tag von früh um 6 bis zur Dunkelheit auf dem Felde oder hinter dem Dreschkasten und hilft die Ernte bergen. Nachmittags ist Sport und Spiel und nationalpolitische Schulung. Hier wird ihnen das vermittelt, was sie als kommende Führer gebrauchen. Das ist aber kein trockener Schulbetrieb, sondern von den täglichen Erlebnissen bei der Bauernarbeit oder von den kleinen und großen Fahrten wird ausgegangen und zum Leben und zur Gegenwart wird immer wieder zurückgekehrt. Der Abend sieht dann noch einmal die ganze Lagermannschaft zur Abendrunde versammelt. Mit Singen und Spielen, mit Sprechchor und Laienspiel klingt der Tag aus, und um punkt 9 Uhr bläst das Lagerhorn dann den Gutenacht-Gruß.

Einfaches Leben, harte Arbeit und strenge Disziplin, das sind die Grundlagen; straffe Körper, leuchtende Augen und ganze Kerle, das ist der Erfolg.

Presseball 1935.

Daisy Spies, Primaballerina der Reichsoper Berlin (Deutsches Opernhaus), tanzt auf dem Presseball Münster 1935. Diese Künstlerin, die zur jungen deutschen Tänzergeneration gehört, war zunächst Solotänzerin an der Staatsoper, erntete auf Gastspielreisen im In- und Ausland große Triumphe und ist heute die gefeierte erste Solotänzerin des kürzlich zur Reichsoper erhobenen Deutschen Opernhauses, das unter der künstlerischen Leitung von Intendant Wilhelm Rode steht.

Aus dem hervorragenden künstlerischen Ensemble dieses führenden deutschen Opernhauses hat der vorbereitende Ausschuß zum Presseball ferner den ersten Tenor Hans Fidesser verpflichten können, dessen strahlende Stimme bei den großen Neuinszenierungen Wilhelm Rodes hervortrat und in der Presse der Reichshauptstadt mit höchstem Lob bedacht wurde. Hans Fidesser wird im Verein mit Daisy Spies dem künstlerischen Programm des Presseballs, das noch weitere künstlerische Ueberraschungen bringen wird, eine einmalige Note geben.

Kartenverkauf durch den Verkehrsverein Münster, Prinzipalmarkt.

✻

‡ **Münster**, 23. Jan. **Die Bäume fallen.** Da die Ulmenkrankheit unter den Bäumen der münsterischen Promenade auch weiterhin wütet und zahlreiche Bäume schon sehr weit erfaßt hat, ist beschlossen worden, die schadhaften Bäume umzulegen. Nunmehr ist man dabei, die Promenade zwischen dem Servatiiplatz und dem Mauritztor freizulegen. An Stelle der kranken Ulmen wird man genau wie an der Neubrückenpromenade junge Linden pflanzen.

‡ **Münster**, 23. Jan. **Karstadtloch kein Parkplatz.** Vor längerer Zeit wurde geplant, das unschöne Karstadtloch an der Salzstraße wenigstens in der Weise nutzbringend zu verwenden, daß man einen günstig gelegenen Parkplatz für Autos anlegte. Die Aerzteschaft des Clemenshospitals hat beim Bezirksverwaltungsgericht gegen die Genehmigungserteilung zur Errichtung eines Parkplatzes Einwände erhoben. Sie stand auf dem Standpunkt, daß der Autobetrieb, der durch die Errichtung einer Tankstelle noch erhöht wird, die Ruhe der Kranken des Hospitals, das gleich an dem Karstadtloch an der Clemensstraße liegt, dauernd und maßgeblich gestört werde. Trotz aller gegenteiligen Einwände teilte das Bezirksverwaltungsgericht die Ansicht des Clemenshospitals und verweigerte die Genehmigung. Wie wir erfahren, beabsichtigt die antragstellende Partei, Berufung gegen diesen Spruch einzulegen.

‡ **Münster**, 23. Jan. **Wegen Beamten-Unterschlagung angeklagt.** Der Pressedezernent des Landgerichts teilt mit: Gegen den Stadtinspektor Ernst Fernholz aus Münster, zur Zeit im Gerichtsgefängnis in Münster in Untersuchungshaft, ist wegen fortgesetzter Beamten-Unterschlagung und Betruges in zwei Fällen Anklage erhoben. Dem Beschuldigten wird zur Last gelegt, Gelder, die er zur Abführung an die Obdachlosen-Polizei erhalten hatte, unterschlagen und diese Unterschlagungen dadurch verdeckt zu haben, daß er der Obdachlosen-Polizei vortäuschte, er werde für die nichtabgeführten Gelder zugunsten der von ihm geschädigten Wohlfahrtserwerbslosen mit eigenen Mitteln einstehen.

‡ **Gronau**, 23. Jan. **Personalveränderungen im Hauptzollamtsbezirk Gronau.** An Stelle des nach Halle als komm. Landrat versetzten Bezirkszollkommissars Lewecke wurde Oberzollinspektor Sommer als Bezirkszollkommissar nach Burgsteinfurt versetzt. Zollpraktikant Welker aus Gronau wurde als Zollinspektor nach Stettin, Zollsekretär Brandt-Tiekerhook unter Beförderung zum Zollinspektor an das Hauptzollamt Gronau und Zollinspektor Wollenberg in gleicher Eigenschaft von Gronau nach Hagen i. W. versetzt. Zollsekretär Fürste und Zollassistent Rinne bestanden die Prüfung zum Zollinspektor.

□ **Hoysten**, 23. Jan. **Brand durch Kurzschluß.** Nachts gegen 3 Uhr wurde die Witwe L. in dem benachbarten Schale durch ein eigenartiges Knistern wach, hielt Umschau und sah, daß der Giebel des Hauses in hellen Flammen stand. Das Feuer mußte durch Kurzschluß in der elektrischen Leitung entstanden sein. Mit Hilfe der Nachbarn gelang es glücklicherweise, den Brand bald zu löschen.

□ **Hoysten**, 23. Jan. **Vom gefällten Baumstamm erschlagen.** Mehrere Arbeiter, waren in dem benachbarten Schanen mit dem Fällen eines Baumes beschäftigt. Einer von ihnen, der wohl die Warnungsrufe überhört hatte, wurde von dem niederstürzenden Stamme getroffen und blieb besinnungslos liegen. Der Bedauernswerte, verheiratet und Vater von sechs Kindern, ist kurz darauf im Krankenhause gestorben.

Olympia-Ausscheidungskämpfe in Münster.

Durch den Reichstrainer der Deutschen Box-Nationalmannschaft sind die Olympia-Ausscheidungskämpfe im Fliegengewicht für das Reichsgebiet nach Münster verlegt. Die Vertreter der leichten Gewichtsklassen werden sich wie folgt gegenüberstehen: Tietsch (Berlin) — Philipp (Braunschweig); Manzik 2 (Bochum) — Peters (Hamburg); Unau (Gladbeck) — Priesnitz 2 (Breslau); Kaiser (Gladbeck) — Prasuhn (Herford).

Neben diesen für Deutschland bedeutenden Kämpfen findet noch die Endrunde der Olympia-Ausscheidungen für Westfalen statt. Die Endgegner für die Kämpfe am Samstag im Schützenhof stehen jetzt fest, darunter die Münsteraner Kyfus, Koppers, Weinrich vom Landespolizei-Sportverein Münster und Amelung vom BC 23 Münster.

Nach Beendigung der zu erwartenden erbitterten Kämpfe wird der Gaufachamtsleiter Adler dem Reichstrainer die endgültige Westfälische Olympia-Auswahlmannschaft melden können.

Turnen – Spiel – Sport.

Süddeutsche Viererbob-Meisterschaft.

Fritz Graulich-Berlin Doppelmeister.

Garmisch-Partenkirchen, 23. Januar.

Mit der Entscheidung der süddeutschen Viererbab-Meisterschaft wurde am Mittwoch die Bobwoche am Ort der 4. Olympischen Winterspiele glücklich zu Ende geführt. Der Berliner Fritz Grau, der schon die süddeutsche Zweierbob-Meisterschaft gewinnen konnte, blieb auch im Titelkampf um die deutsche Viererbob-Meisterschaft auf „DBW 1" erfolgreich. Weltmeister Hans Kilian kam auch hier wieder nicht über den zweiten Platz hinaus. Alle acht gestarteten Schlitten beendeten das Rennen ohne Zwischenfall. — Die Ergebnisse:

1. „DBW 1 (Fritz Grau, BSC) 1:23,07 und 1:19,89 gleich 2:42,96. 2. „Olympia" (Hans Kilian, Garmisch) 1:23,09 und 1:21,21 gleich 2:44,30. 3. „Werdenfels" (Wackerle, Garmisch) 1:22,96 und 1:22,11 gleich 2:45,07. 4. „Bayern4. 5. „Hochland". 6. „Fram 5." 7. „OK 2." 8. Bob „München 1".

Die deutsche Nationalelf im Probespiel geschlagen.

Gau Württemberg siegte in 45 Minuten mit 2:0.

Stuttgart, 23. Januar.

Die in Stuttgart zusammengezogenen beiden Fußball-Nationalmannschaften für die am kommenden Sonntag stattfindenden Länderspiele gegen die Schweiz trafen am Mittwoch vor 8000 Zuschauern in der Stuttgarter Adolf-Hitler-Kampfbahn in Probespielen auf württembergische Auswahlmannschaften, und zwar so, daß in der ersten Halbzeit die deutsche Nationalelf für Stuttgart mit einigem Ersatz spielte, und in der zweiten Halbzeit die deutsche B-Mannschaft antrat.

Die A-Mannschaft spielte in folgender Aufstellung: Buchloh; Stührck, Schwarz; Gramlich, Münzenberg, Rohde (Eimsbüttel); Lehner, Siffling, Conen, Rohwedder und Berner vom Berliner SV 92. — Die Nationalmannschaft spielte also bis auf Rohde und Berner in der vorgesehenen Aufstellung.

Bundessportlehrer Nerz ließ vor dem Spiel bekanntgeben, daß es sich bei diesem Probespiel um ein reines Kampfspiel handle, und daß beide Einheiten ihr Bestes hergeben sollten.

Die württembergische Gaumannschaft zeigte ein hervorragendes Spiel. Von der Nationalmannschaft konnte man dies wirklich nicht behaupten. Einzelne Leute spielten weit unter Form, insbesondere enttäuschte stark die Läuferreihe. Die Tore für Württemberg erzielten Rackl (Ulm) und Zoller in der 30. und 35. Minute.

Das Berliner Reitturnier.

Frankreich gegen Deutschland im Preis der Nationen

Berlin, 23. Januar.

Den Reigen der dieswinterlichen Hallenturniere eröffnet in der Zeit vom 25. Januar bis 3. Februar das Internationale Berliner Reitturnier am Kaiserdamm. Vom 6.—10. März folgt dann Dortmund. Es spricht für die Beliebtheit des Turniers in der Reichshauptstadt, daß nicht weniger als 2000 Nennungen vorliegen, so daß sämtliche Konkurrenzen äußerst stark umstritten sein werden. U. a. wurden für den Preis von Ostpreußen 50, für den Preis vom Grunewald 112, für den Preis von Trakehnen 92, für den Preis vom Kaiserdamm 55, für die Amazonen-Dressurprüfung und den Preis von Potsdam je 57, für den Preis von Berlin 59, für den Preis der Grünen Woche 110, für den Großen Preis der nationalsozialistischen Erhebung 83, für das Inländer-Jagdspringen 71, das Ausländer-Jagdspringen 16, das Glücksjagdspringen 90, für den Prinz Friedrich Sigismund-Erinnerungspreis 80, für das Barrierenspringen 60, den Trostpreis und den Abschiedspreis je 125 Unterschriften abgegeben. Eine große Beteiligung hat aber vor allen Dingen der Preis von Potsdam gefunden, eine Dressurprüfung, die in vier Abteilungen zerfällt. Im Hinblick auf die Olympischen Spiele sind die beiden schweren Dressurprüfungen von großer Bedeutung, da hier unsere besten deutschen Dressurpferde mit bekannten Reitern zum Kampf gegen die gute ausländische Gegnerschaft antreten.

Die Franzosen entsenden wieder ihr bestes Material nach Berlin. Allerdings wird der Preis der Nationen diesmal nur von Deutschland und Frankreich bestritten, da leider die anderen Länder wie Italien, Holland, Belgien usw. keine Mannschaft entsenden. Aber auch so verspricht diese Prüfung einen interessanten Kampf. In den beiden Dressurprüfungen sind jedoch Schweden und Dänemark vertreten.

Selbstverständlich fehlen auch die Schaunummern nicht, die bei den Nachmittag- und Abendveranstaltungen abwechselnd gezeigt werden.

Sport in Kürze . . .

Nach dem Umbau des Südbades, das jetzt eine rekordfähige Bahn aufweist, hat auch die Stadtverwaltung Dortmund sich von einer nachahmenswerten Seite gezeigt und zwölf befähigten Schwimmern und Schwimmerinnen Dauerkarten für die Benutzung der Hallen ausgehändigt.

Der Gau Westfalen im Deutschen Schwimm-Verband veranstaltet am 27. Januar in Witten Ausscheidungskämpfe seiner Schwimmer und Schwimmerinnen für das am 17. Februar in Altenessen stattfindende Olympia-Gebiets-Prüfungs-Schwimmfest. Für Witten meldeten 17 Vereine mit 109 Einzel- und 18 Staffel-Teilnehmern.

Der Bob-Club Sauerland trug in Winterberg seine Club-Meisterschaften im Zweier- und Vierer-Bob aus. Für die Zweier-Rennen gingen acht Maschinen an den Start. Den Sieg errang Bob „Racker" (mit Dietrich Jungbluth am Steuer und Mosecker an der Bremse) mit Zeiten von 2:06,1 und 2:06,9 Minuten und der Gesamtzeit von 4:13 Minuten.

Nach längerer Krankheit ist in Hamburg im Alter von 69 Jahren einer der hervorragendsten Führer des norddeutschen Sports, August Bosse, gestorben. Er war stets ein unnachgiebiger Verfechter des reinen Amateurstandpunktes. Sowohl für den Verband als auch für seinen Verein, TSV. Eimsbüttel, hat er viel Gutes geleistet.

In der Stuttgarter Stadthalle gelangt am Samstag ein Radländerkampf Deutschland — Schweiz zum Austrag. Unsere Farben vertreten in den Dauerrennen Erich Möller und Guzek, ferner Richter und Steffes in den Fliegerläufen, Geyer bei den Straßenfahrern und Merkens, Hoffmann, Knorr bei den Amateuren. Die Schweiz stützt sich auf Läuppi, Wanzenried, Dinkelkamp, von Dach; Gilgen; Wägelin, Kaufmann und Rümmele.

Am Freitag stellt sich die Boxstaffel des Elberfelder BC. in Hamm vor. Den Hauptkampf des Treffens gegen den Boxring 31 Hamm bildet die Begegnung im Schwergewicht zwischen Runge und Horstkötter.

Primo Carnera traf in Rio de Janeiro auf den Estländer Klaußner. Der Ex-Weltmeister zeigte sich klar überlegen, so daß der Ringrichter den ungleichen Kampf in der sechsten Runde zugunsten Carneras abbrach.

Luftsport und Völkerversöhnung.

Von

Arthur Laumann.

Wenn vor einigen Monaten der Stellvertreter des Führers Heß den Appell zum wahren Frieden an die Frontsoldaten allgemein gerichtet hat, so möchten wir diesen Appell insonderheit an die Flieger der Welt richten.

Eine kleine Begebenheit im „Bergischen Land" ist uns dazu ein besonderer Ansporn. Dort wurde im Juni 1934 bei der Sammlung für die deutsche Luftfahrt auch ein ausländischer Wagen angehalten. Der Insasse meinte, es läge eigentlich nicht in seinem Interesse, die deutsche Luftfahrt zu unterstützen, da er Franzose sei. Die Bitte, er möge sich davon durch Augenschein überzeugen, daß man mit dem ausgestellten Segelflugzeug keine Bomben abwerfen könne, beantwortete er dahingehend, daß er darüber sehr wohl im Bilde sei; denn er sei während des Krieges Beobachter bei einer Flieger-Abteilung gewesen. Als er erfuhr, daß er mit einem deutschen Flugzeugführer aus dem Weltkriege spreche, schüttelte er diesem spontan die Hand, gab ihm sogar eine recht ansehnliche Spende und sagte lächelnd, dann sind wir ja Kollegen. Aus der ganzen Herzlichkeit, mit der dieser „Film" sich abrollte, ging die sportliche Auffassung in der Fliegerei und das gegenseitige ritterliche Verhalten deutlich hervor. Der Präsident des Deutschen Luftsport-Verbandes hat einmal die Worte geprägt: „Nicht die Anzahl der Flugzeuge, nicht ihre Motorenkraft sind ausschlaggebend für die Stärke eines Volkes der Luft, sondern allein die Größe und die innere Größe derer, die diese Maschinen bedienen sollen."

Der Adel des Fliegers gibt den Fliegern das Vorrecht, in dem friedlichen, sportlichen Kampf der Nationen ein starkes bindendes, völkerversöhnendes Glied zu werden, das imstande sein sollte, den wahren Frieden zu erreichen, den einige unfähige selbstsüchtige Politiker bis heute verhindert haben. Der Flieger weiß mehr als jeder andere, daß, wo ein Wille ist, auch ein Weg ist, und wo ein Weg ist, da ist ein Ziel und dieses Ziel ist für uns Sportflieger ein ehrlicher Friede auf der Welt.

Das Fliegen fordert Opfer. Sein Weg ist mit Blut gezeichnet. Aber Blut ist dicker als Wasser, bindet die Kameradschaft und macht einen klaren Kopf. Nicht im Geiste oder Ungeiste einer Revanche fliegen wir, sondern in der Zuversicht, daß Führergedanken und Führereigenschaften immer wieder auferstehen, solange der Wille zur Tat vorherrscht. Nicht die Trommel rühren heißt es für den Flieger, sondern die Schwingen. Nicht Worte, sondern Taten! Wir Flieger, besonders wir Flieger an der Westgrenze des Vaterlandes sehen klarer und besser als jeder andere, welch unheilvolle Gefahren in der einseitigen Aufrüstung eines an sich schon viel stärkeren Nachbarn liegt. Welche Unsummen an Geld und Volksvermögen einerseits könnten den Völkern erspart bleiben und welche Unmenge von nervenzerrüttenden Ueberlegungen und Gedanken unserem eigenen Volke andererseits.

Der Luftverkehr ist heute ein wirtschaftlicher Mittler geworden zwischen Deutschland und der übrigen Welt. Warum sollen Luftverkehr und Luftsport nicht auch der politische Mittler zwischen Deutschland und der übrigen Welt werden. Unser Fliegen bedeutet Start zum wahren Frieden. Man kann nicht Flieger sein ohne Bejahung des Idealen, aber auch zugleich harten Wirklichkeitssinns und darin liegt die Verpflichtung eines jeden Fliegers, eine Persönlichkeit zu sein und dadurch eine moralische Sendung zu haben.

Handel und Wirtschaft.

3,5 Prozent Zinsen für aufgewertete Spareinlagen in Preußen.

Nach der Durchführungsbestimmung zur 6. preußischen Aufwertungsverordnung vom 22. Mai 1931 erfolgt die Festsetzung des Zinssatzes, mit dem die aufgewerteten Sparguthaben jährlich und zunächst vom 1. Januar 1935 an zu verzinsen sind, durch den Deutschen Sparkassen- und Giro-Verband nach vorheriger Anhörung der örtlich zuständigen Sparkassen (Giro)-Verbände. Entsprechend der Stellungnahme der Mitgliedsverbände wird der Zinssatz für 1935 auf 3,5 Prozent festgesetzt.

Berliner Börse.

× **Berlin, 23. Januar.**

Die sich gewohntermaßen in Intervallen vollziehende Börsenbewegung ist aus dem seit einigen Tagen erreichten Gebiet völliger Geschäftsstille noch nicht herausgekommen. Das zunächst gesättigte Publikum hat die aus dem Anlagetermin fließenden Mittel untergebracht und hält, da Anlaß zu Tauschoperationen kaum besteht, an dem erworbenen Besitz fest. Die Kulisse hat sich glattgestellt und zeigt infolge der Zurückhaltung der Bankenkundschaft ebenfalls keine Unternehmungslust. Es ist daher verständlich, daß kleinste Zufallsordres auf der einen oder der anderen Seite die Kursgestaltung beeinflussen. Da bei einer solchen Konstellation die Tendenz jedoch eher abwärts geneigt ist, überwiegen leichte Abschwächungen, zumal Anregungen irgendwelcher Art fast völlig fehlen.

Einkaufsgenehmigung für Wolle und andere Tierhaare.

Neue Bestimmungen der Ueberwachungsstelle

Die Ueberwachungsstelle für Wolle und andere Tierhaare hat eine Anordnung — W 11 — erlassen, die den ausnutzbaren Teil der Einkaufsgenehmigungen (bisher ein Drittel) erhöht. Die Erhöhung wird von der Ueberwachungsstelle für die einzelnen Betriebe nach einheitlichen Grundsätzen errechnet und den Betrieben bekanntgegeben. Für die nachweislich zur Ausfuhr benötigte Menge wollener Spinnstoffe werden auf Antrag besondere Einkaufsgenehmigungen erteilt. Gleichzeitig wird endgültig festgelegt, daß der Einkauf wollener Spinnstoffe nur Firmen gestattet ist, die im Besitz einer Einkaufsgenehmigung sind sowie Firmen des Wollhandels, Lohnwäschereien, Lohnkämmereien und Karbonisieranstalten. Die neunte Durchführungsverordnung mit dem Gesetz über den Verkehr mit industriellen Rohstoffen und Halbfabrikaten bleibt unberührt.

Wieder 6 Prozent bei Wicküler-Küpper.

Der Aufsichtsrat der Wicküler-Küpper-Brauerei A.-G., Wuppertal-Elberfeld, beschloß, die Verteilung einer Dividende von wieder 6 Prozent auf das dividendenberechtigte Aktienkapital von 3,452 Mill. RM für das am 31. Oktober 1934 beendete Geschäftsjahr vorzuschlagen.

Brauerei W. Isenbeck & Cie., AG., Hamm i. W.

Der Aufsichtsrat schlägt der HV. nach Vornahme reichlicher Abschreibungen und Rückstellungen die Verteilung von wieder 3% Dividende vor.

Mehr deutsches Bier für Amerika?

In Kreisen der westdeutschen und der bayerischen Brauindustrie ist man der Ansicht, daß an die beschlossene Herabsetzung des amerikanischen Einfuhrzolls für Bier um die Hälfte des bisherigen Satzes zunächst wenigstens noch keine großen Hoffnungen auf eine wesentliche Belebung der deutschen Bierausfuhr nach Amerika geknüpft werden dürften. Auch ein um 50 Proz. ermäßigter Zollsatz wird immer noch als zu hoch betrachtet, um in größeren Ausmaßen Bier von Deutschland nach Amerika auszuführen, da die Zollbelastung auch jetzt noch mehr als 50 Mark je Hektoliter betragen wird. Außerdem wird die Bierausfuhr nach USA. dadurch verteuert, daß fast nur Flaschenbier in Frage kommt, während Faßbier nur gelegentlich versandt werden kann. Außerordentlich erschwert wird das Geschäft schließlich noch dadurch, daß sich bei der Aufhebung der Prohibition in den Vereinigten Staaten eine umfangreiche eigene Brauindustrie entwickelt hat. Bereits eingetretene Zahlungsschwierigkeiten verschiedener dieser neuen Brauereien lassen erkennen, daß man in Amerika selbst den Bierverbrauch überschätzt haben dürfte. Die deutsche Brauindustrie könne daher nach wie vor in der Hauptsache wohl nur mit Qualitätsbieren in Wettbewerb mit der bodenständigen Konkurrenz treten.

Märkte.

Dortmunder Zucht- und Faselviehmarkt.

◇ **Dortmund, 23. Jan.** Zum heutigen Zucht- und Faselviehmarkt wurden aufgetrieben: 569 Großvieh, 155 Schweine, 69 Kälber, 1 Ziege. Der Handel war in guten Tieren rege, sonst langsam. Es kosteten: Hochtragende und frischmelke Kühe: a) 390—420, b) 340—380, c) 290 bis 330; Rinder: 240—350. Beste Tiere über Notiz. Sämtliches zum Markt aufgetriebenes Großvieh ist gegen Maul- und Klauenseuche geimpft worden. Am Schweinemarkt war der Handel mittel. Es wurden gezahlt für 6—8 Wochen alte Ferkel 14—18, für 8—10 Wochen alte 19—22, für 10—12 Wochen alte 23—29. Nächster Markt am 30. Januar.

Amtliche Devisenkurse.

Berlin, den 23. Januar 1935.

Telegrafische Auszahlung	Geld 23. 1.	Brief 23. 1.	Geld 22. 1.	Brief 22. 1.
Aegypten 1 ägypt. Pfd.	12.50	12.53	12.49	12.52
Argentinien 1 Pap.-Peso	0.628	0.632	0.628	0.632
Belgien 100 Belga	58.17	58.29	58.17	58.29
Brasilien 1 Milreis	0.194	0.196	0.194	0.196
Bulgarien 100 Leva	3.047	3.053	3.047	3.053
Canada 1 kanad. Doll.	2.498	2.502	2.488	2.502
Dänemark 100 Kron.	54.46	54.56	54.42	54.52
Danzig 100 Guld.	81.26	81.42	81.26	81.42
England 1 Pfund	12.195	12.225	12.185	12.215
Estland 100 estn. Kr	68.68	68.82	68.68	68.82
Finnland 100 finnl. M	5.38	5.39	5.38	5.39
Frankreich 100 Frcs.	16.42	16.46	16.42	16.46
Griechenland 100 Drach.	2.354	2.358	2.354	2.358
Holland 100 Gulden	168.19	168.53	168.19	168.53
Island 100 isl. Kr	55.19	55.31	55.15	55.27
Italien 100 Lire	21.30	21.34	21.30	21.34
Japan 1 Yen	0.710	0.712	0.709	0.711
Jugoslawien 100 Dinar	5.649	5.661	5.649	5.661
Lettland 100 Latts	80.92	81.08	80.92	81.08
Litauen 100 Litas	41.63	41.71	41.63	41.71
Norwegen 100 Kronen	61.27	61.39	61.23	61.35
Oesterreich 100 Schill.	48.95	49.05	48.95	49.05
Polen 100 Zloty	47.01	47.11	47.01	47.11
Portugal 100 Escudo	11.07	11.09	11.06	11.08
Rumänien 100 Lei	2.488	2.492	2.488	2.492
Schweden 100 Kron.	62.88	63.00	62.84	62.96
Schweiz 100 Franken	80.72	80.88	80.72	80.81
Spanien 100 Peseten	34.04	34.10	34.02	34.08
Tschechoslowakei 100 Kr	10.40	10.42	10.40	10.42
Türkei 1 türk. Pfd.	1.973	1.977	1.976	1.980
Ungarn 100 Pengö	—	—	—	—
Uruguay 1 Gold-Peso	1.049	1.051	1.049	1.052
V. St. v. Amerika 1 Doll.	2.498	2.502	2.498	2.150

Osnabrücker Zucht- und Nutzviehmarkt.

⊙ **Osnabrück, 23. Jan.** Auftrieb: 66 Pferde, 215 Rindvieh, 716 Schweine. Es kosteten: Pferde: a) 300—600, b) 400—500, c) 250—400, d) 170—250; Milchkühe: a) 340 bis 380, b) 300—340, c) 270—300; tragende Rinder: a) 320—350, b) 290—320, c) 240—290, d) 200—240; Schweine: 6—8 Wochen alte 10—13, 8—13 Wochen alte 13—17; Läuferschweine: 15—20. Marktverlauf: Pferde mittel; Schweine mittel; Rindvieh mittel. Ausgesuchte Tiere über Notiz. Nächster Markt am 30. Januar.

Schweinemarkt in Lehrte.

Lehrte, 23. Jan. Auftrieb: 1020 Stück Ferkel und 169 Stück Läuferschweine. Es kosteten im Großhandel: Ferkel (Durchschnittsqualität): 4—6 Wochen alt bis 10,50 Mark, 6—8 Wochen alt 11—15 Mark, 8—12 Wochen alt 16—22 Mark. Läuferschweine: 3—4 Monate alt 23—30 Mark, 4—5 Monate alt bis 45 Mark. Marktverlauf: Langsam.

Metalle.

Berlin, 23. Jan. Elektrolytkupfer (Wirebas) 39,50 RM für 100 kg netto cif Hamburg, Bremen oder Rotterdam. Aluminium 98-99 kg Bl. 144, Aluminium i. Walz. o. Dr. 148, Reinnickel 98-99 kg 270, Antimon-Regulus —, Silber in Barren 900 t 44,50—47,50.

Berliner Getreidegroßmarkt

vom 23. Januar 1935.

Amtliche Preise in Mark, bei Getreide und Oelsaaten für 1000, bei Mehl und Kleie für 100 kg, sonst für 50 kg.

Weizen, märk., Durchschnittsqualität: 76/77, frei Berlin 207.00

ges. Erzeugerpreis, Preisgebiet	V	VI	VII	VIII	IX	XI
	196.00	197.00	198.00	199.00	201.00	203.00

Roggen, märk., Durchschnittsqualität: 71/73, frei Berlin 168.00

ges. Erzeugerpreis, Preisgebiet	V	VI	VII	VIII	IX	XI
	156.00	157.00	158.00	159.00	161.00	163.00

Gerste, fein. Braugerste, neue, fr. Berlin	217.00—222.00	ab märk. Station	—
ab märk. Station	208.00—213.00	Wintergerste, vierz.*)	—
gute, frei Berlin	209.00—214.00	ab märk. Station	—
ab märk. Station	200.00—205.00	Industriegerste (Sommergerste), frei Berlin	206.00—209.00
Wintergerste, zweiz.*)	—	ab märk. Station	197.00—200.00

*) Zu Industriezwecken.

Futtergerste, 59/60

ges. Erzeugerpreis, Preisgebiet . . .	V	VI	VII	VIII	IX
	156.00	157.00	159.00	162.00	164.00

Bei Lieferung von Sommer-Futtergerste kommt ein weiterer Aufschlag von 5 Mk. je Tonne hinzu.

Hafer, märk., Durchschnittsqualität 48/49

ges. Erzeugerpreis, Preisgebiet	IV	VII	X	XI	XIII	XIV
	150.00	154.00	157.00	159.00	162.00	164.00

Weizenmehl, Type 790

Preisgebiet	V	VI	VII	VIII	IX	XI
	26.65	26.80	26.95	27.10	27.40	27.70

10 % Auslandweizen — 1.50 Mk. Aufgeld, — 20 % Auslandweizen — 3.00 Mk. Aufgeld.

Roggenmehl, Type 997

Preisgebiet	V	VI	VII	VIII	IX	XI
	21.65	21.75	21.90	22.05	22.35	22.65

Raps . . . . . — | **Leinsaat** . . . . . —

Weizenkleie, Preisgebiet .	V	VI	VII	VIII	IX	XI
	11.30	11.35	11.40	11.45	11.55	11.70

Roggenkleie, Preisgebiet	V	VI	VII	VIII	IX	XI
	9.75	9.80	9.90	9.95	10.10	10.20

Viktoriaerbsen	34.0—35.0	Seradelle, neue ungereinigt*)	—	Sojabohnenschr. 45%ig a. Hbg*)	6.50
Speise- „ kleine	—	Seradelle, neue gereinigt*)	23½—25	45%ig a. Stettin*)	6.70
Peluschken	19—21	Leinkuchen, 37%ig*)	7.65	Kartoffelflocken	
Ackerbohnen**)	14½—15½	Erdnußkuch. 50%ig*)	7.25	Perl. wagg. Stolp	9.25
Wicken	—	Erdnußkuchenm.	7.60	Kartoffelflocken	
Lupinen, blaue*)	10½—11	Trockenschnitzel	4.41	waggonfrei Berlin	9.80
Lupinen, gelbe	13¾—14¾				

Einschl. Monopol-Zuschlag *) 1.30, **) 1.45, ***) 1.55, *) Ost- und Westpreußische Station, **) Ostpreußische Station.

Bremen: Baumwolle

	23. 1. Brief	23. 1. Geld	23. 1. bez	22. 1. Brief	22. 1. Geld	22. 1. bez
Loco	14.63	—	14.13	14.70	—	14.10
Jan.	—	—	—	—	—	—
März	14.29	14.27	14.28	14.31	14.29	14.30
Mai	14.74	14.71	14.72	14.70	14.68	14.69
Juli	—	14.83	14.83	14.88	14.82	14.85
Okt	—	—	—	—	—	—
Dez.	—	—	—	—	—	—

Liverpool: Baumwolle

	23. 1.	22. 1.
Loco	7.09	7.10
Januar 35	6.82	6.86
Februar 35	6.83	6.86
März 35	6.84	6.86
April 35	6.82	6.84
Mai 35	6.81	6.83
Juni 35	6.79	6.81
Juli 35	6.78	6.80
August 35	6.75	6.77
September 35	6.72	6.74
Oktober 35	6.70	6.71
November 35	6.68	6.69
Dezember 34	6.68	6.69
Januar 36	6.67	6.68
März 36	6.67	6.69
Mai 36	6.67	6.68
Juli 36	6.66	6.66
Oktober 36	6.63	6.64
Januar 37	—	—
Tagesimport	15000	22100

Notierungen für Sakellaridis u. Upper F.G.F.

	23. 1. Sak	23. 1. Up.
Januar	8.64	7.72
März	8.60	7.65
Mai	8.6.	7.63
Juli	8.60	7.51
Oktober	8.57	7.49
November	8.57	7.46
Januar 36	8.57	7.42
Loco	9.01	7.98

Liverpool: Ostind. Baumw.

	23. 1.	22. 1.
Loco Surtee	6.64	6.64
„ Broach	5.83	5.83
„ Punjab/A.	5.91	5.91
„ Centr. Pr.	6.03	6.03
„ Beng. F.G.	4.06	4.06
„ Beng. Sup.	4.26	4.26
„ Sind F.G.	4.06	4.06
„ Sind Sup.	4.26	4.26

New Orleans: Baumwolle

	23. 1.	22. 1.
Loco	12.69	12.65
Januar	12.32—35	12.30—32
März	12.49	12.44—45
Mai	12.55	12.51
Juli	12.57	12.53
Oktober	12.48	12.43
Dezember	12.57	12.49

New Yorker Baumwollkurse

	23. 1.	22. 1.
Loco	12.65	12.65
Januar	12.45	12.40
Februar	12.46	12.43
März	12.48—49	12.46
April	12.51	12.48
Mai	12.54—55	12.51—53
Juni	12.54	12.52
Juli	12.55	12.53
August	12.53	12.50
September	12.51	12.47
Oktober	12.48	12.44
November	12.51	12.47
Dezember	12.55	12.50

Geschätzte Totalzufuhren . .	—
Baumwollzufuhr in Atl. Häfen	1000
Baumwollzufuhr in Golf-Häfen	6000
Zufuhren in Pacific-Häfen . .	—
Export nach England	1000
Export u. d. übrig. Kontinent	1000
Export nach Japan u. China .	—
Fracht nach Liverpool	—
Fracht für Standard	—
Export u. Kanada u. Mexiko	—

Anzeigenteil

CIRCUS GLEICH
Münster, Halle Münsterland.
Heute und täglich 8.15 Uhr abends Mittwoch, Samstag und Sonntag
3.30 Uhr nachm. **Je 2 Vorstellungen** 8.15 Uhr abends
Die lebende Rakete! Ein Mann wird 10 m hoch und 15 m weit durch die Luft geschossen!
Frl. Olly, Fangkünstlerin
4 Elefanten und 2 Zebras vorgef. von Herrn Franz Bauer.
Leichte Kavallerie geritten von Frl. Matisen
Miß Rendez, atemraubende Leistungen am 8 m hohen Pidestahl.
3 Frankardi, die fliegenden Menschen unter der Circuskuppel!
Hadji Nassar, 12 Wüstensöhne
4 Romeos, Kraft und Schönheit Gladiatorenspiele und die weiteren Sensationen
VOLKSTÜMLICHE EINTRITTSPREISE!
Vorverkauf: a. d. Circuskassen und im Verkehrsverein. Tel. 26 977

ERFOLGE erzielen Sie durch die Insertion im allgemeinen Anzeigenteil der Zeno.

Auskunft kostenlos wie man von **Bettnässen** nach Dr. med. Eisenbachs Methode befreit wird. Alter und Geschlecht angeben. Versand der Dr. med. Eisenbachs Methode F. Knauer, München 94, Dachauerstr. 15

Kaufen Sie gut durch Klein-Anzeige in der Zeno-Zeitung.

Zurück
Dr. Rosenmöller
Kinderärztin, **Münster,** Klosterstr. 29.

Gutgehendes **Putzgeschäft** in Kirchdorf im Oldenburgischen zu verkaufen oder zu vermieten. Selten günstige Gelegenheit, da wenig Konkurrenz am Platze. Nähere Auskunft durch Jos. Kröger, Eve, Oststraße. [387

Radio
Batterie, 4 Röhren, ein Röhrengerät, wie neu, sowie Lautsprecher u. neue Batterien spottbillig zu verkaufen.
Fach 22, Stadtlohn.

Neues mod. [390
Eichen-Schlafzimmer und schöne mod. **Naturküche** zusammen an zahlungskräftige Käufer für 475 RM zu verk. Off. unt. D 457 an d. Anz.-Verm. der Zeno Münster.

Angebote

Zum 1. evtl. 15. Febr. tücht. kath. **Mädchen** für Küche u. Haushalt nach Absprache (Geschäftshaush.) gesucht. Lohn nach Uebereink. Angeb. unt. K 649 an die Kreisata., Abaus.

Z. 1. Febr. od. 1. März wird ein kath. ehrl., saub. **Mädchen** von 17—20 J., in ruh. bürgerl. Haushalt gel. f. Haus- u. Gartenarb. Meldung. an d. Dülmener Zeitg., Dülmen, unter B 25, wo auch Auskunft erteilt wird. [394

Lehrmädchen
für Lebensmittelgeschäft b. freier Station mit kleiner Vergütung gesucht. Offerten unter M G an die Münsterl. Volkszeitung, Rheine.

Angestellter oder [392 **pens. Beamter**
für lohnende Nebenbeschäftigung sofort gesucht. Kein Verkauf. Angeb. erbeten unt. D 458 an d. Anz.-Verm. der Zeno, Münster.

Suche zum 15. März od. 1. April ein braves [386 **Mädchen** zur Erlernung der bürgerlichen Küche und des Haushaltes, ohne gegenseitige Vergütung.
Hotel Fritz Stipp, Emsdetten.

Suche z. 15. 2. o. 1. 3. für m. landwirtsch. Haush. t. d. Nähe Münsters ein anerl. **Mädchen** v. Lande, i. Alter von 16 b. 20 J. d. alle vork. Arb. verrichten muß. **Frau Ww. Schräder,** Gelmer bei Münster, Post Handorf.

Mädchen
kath., 21 J., im Haushalt und in der Küche bewandert, **sucht** passende Stellung in gutem Hause. Offerten unter 1461 an das Bocholter Volksblatt, Bocholt, erbeten, od. Näheres dort zu erfragen. [385

Mädchen
21 J. alt, mit **guten Koch- und Nähkenntnissen, sucht** sich zum 1. 3. oder später zu verändern, am liebsten als Stütze i. herrschaftlichen Landhaushalt. Off. unter 1460 an das Bocholter Volksblatt, Bocholt, erbeten. [384

Im **Zeno-Anzeigentarif** ist zur Zeit **Preisliste Nr. 3** vom 1. Januar 1935 gültig.

Gesuche

Kath. Landwirtssf., 27 J., in ungek. Stellg., mit allen vork. Arbeiten u. Maschinen vertr., 1. Stelle auf eln. Gut als **Stütze oder Verwalter** Offerten unt. K Z an die Münsterl. Volksata., Rheine

Suche sof. o. bald **Stelle im Privathaushalt** für sämtliche Arbeiten. Off. unter J 310 an die Ahlener Volkszeitg., Ahlen (Westf.).